

# Der Grundstein

## Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“)

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staniach, bekannt. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage ober deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **12 12 12** Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

**Inhalt:** Reporter-Lügen. — „Mittelstand“ und „Mittelhandsbewegung“. — Materialismus und Idealismus. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandesvorstandes. Berichte. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen: Generalversammlung. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Berichtens. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Victor Hugo und die Baukunst.

am 12. Juni gemeinsam von unserem Zweigverein und dem Verein der Lokalfisten aufgenommenen Bautenkontrolle war der Stand wie folgt:

Gruppierung der Bauten	Zahl der Bauten	Anzahl der beschäftigten Maurer
Bauten wo die Forderungen durch Vertrag anerkannt sind	765	8064
Akkordbauten	88	887
Bauten die ganz oder teilweise mit Arbeitswilligen besetzt sind	323	1064
Stillliegende Bauten, d. h. wo keine Gesellen beschäftigt sind	689	—
Insgesamt	1865	6015

17 000 Maurer in Arbeit, das sind etwa 5000 weniger als im vorigen Jahre in der Hochsaison; diese Zeit ist nicht mehr fern, und wenn auch die Konjunktur um ein geringes gesunken sein mag, so werden immerhin auch in diesem Sommer mehrere Wochen hindurch an 20 000 Maurer nötig sein, um das Baubedürfnis in Groß-Berlin zu befriedigen, um so mehr, da doch nun schon eine sehr erhebliche Stöckung eingetreten ist. Aber selbst wenn nur 17 000 Maurer, die im Frühjahr beschäftigt wurden, nötig wären, dann fehlten jetzt 12 000, um den Bedarf zu decken; und zwar fehlen diese 12 000 den Mitgliedern des Unternehmerverbandes. Kann der Verband der Baugeschäfte diese heranschaffen? Daran ist gar nicht zu denken. Nicht ein Viertel der Zahl kann er unter dem Mafel der „Arbeitswilligkeit“ auf die Beine bringen, und wenn er, wie vor einigen Jahren der „Vier-Städte-Bund“, alle Länder des Kontinents unsicher machen wollte. Die „Arbeitswilligen“ sind erfreulicherweise doch nicht mehr so häufig, das man ein so großes Loch damit ausstopfen kann, wie es in Berlin nun einmal aufgemacht ist.

### Reporter-Lügen. (Zur Lage in Berlin.)

In der Generalversammlung des Verbandes der Baugeschäfte in Berlin kolportierte Maurermeister Bahl, Vorsitzender des genannten Verbandes, das lächerliche Gerücht, daß sich die Maurerorganisationen an eine große Brauerei um ein Darlehen von zwei Millionen Mark gewandt haben sollten; Herr Bahl setzte aber hinzu, es solle unter so eigentümlicher Begründung geschehen sein, daß sie dem Vorstand des Unternehmervereins unglaublich erscheine und die er für unmöglich halte.

Die Bauhilfsarbeiter haben ungefähr denselben Stand, während das Verhältnis der Zimmerer noch günstiger ist.

Durch die Arbeitseinstellung der Putzer wurde die Zahl der Verträge in der letzten Woche wiederum um 21 vermehrt, sogar die Wilmersdorfer Feuerwehr, die auf einen Schulbau kommandiert war, um dort die Maurerarbeit aufzunehmen, wurde durch den Streik der Putzer aus dem Felde geschlagen. Ebenso werden die Verträge einiger „Putzmeister“, Arbeiten anzunehmen, wo die Maurer zu streiken, von den organisierten Putzern scharf überwacht und nach Kräften unmöglich gemacht. Die Zahl der streikenden Putzer hatte sich am 13. Juni auf 280 reduziert; 1151 stehen auf Bauten in Arbeit, wo die Forderungen der Maurer anerkannt sind. Nach dem letzten Wochenrapport unseres Verbandes (Sonnabend, 15. Juni) sind bei uns insgesamt in die Streiklisten eingetragen 10 562. Davon abgereist 2771, zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten 2845, „arbeitswillig“ geworden 135, anderweitig untergebracht 244 und im Streik befindlich 4567.

Zu Berlin selbst dürfte das Gebiet der „Arbeitswilligkeit“ für den Verband der Baugeschäfte ziemlich abgegrast sein. Von den unorganisierten Maurern, wozu wir auch die Akkordmurer rechnen, haben in den letzten Jahren immer nur etwa ein Fünftel bei Mitgliedern des Unternehmerverbandes gearbeitet. So ist es auch in diesem Jahre, was durch die Bautenkontrolle bestätigt wird. Sie arbeiten jetzt schon in Stärke von 1951 Mann, teils zu den alten, teils zu den neuen Bedingungen, zum allergrößten Teil auf ihren alten Arbeitsplätzen, ohne von der Ausperrung berührt worden zu sein; sie werden auch gar keine Neigung verspüren, um die „Fleischöpfe“ des Unternehmerverbandes zu kosten. Der kleine Rest, der noch nicht in Arbeit steht — es werden keine 300 Mann sein — kann den Verband der Baugeschäfte wahrlich nicht glücklich machen. Ebenjowentig kann dies die katholische „Fachabteilung“, die sich schon seit Weihnachten dem Unternehmerverbande als Vermittler von „Arbeitswilligen“ anbietet. Mögen sie und alle Gefühlsvermittlungsbureau und die Äpfel für Obdachlose noch einige hundert Mann stellen, was will das bezeugen; es ist ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Wir haben in der vorigen Nummer des „Grundstein“ dieser Mitteilung Bahls Erwähnung getan, jedoch kein ausdrückliches Dementi daran geknüpft, in der Erwartung, daß die Unfugigkeit des Gerüchtes für jedermann, der sich im öffentlichen Leben bewegt, erkennbar sei. Wir bemerken deshalb nur, daß wir die Weiterverbreitung des Gerüchtes durch Herrn Bahl nicht für möglich gehalten hätten. Heute müssen wir leider erklären, daß wir die „öffentliche Meinung“ immer noch zu hoch eingeschätzt haben. Inzwischen ist das Gerücht zur „Tat“ geworden. Die Berliner Zeitungen haben zwar, soweit wir Kenntnis davon erlangten, das Märchen nicht weiterverbreitet, aber in der Provinzpresse hat das von Herrn Bahl angebrütete Ei eine warme Stätte gefunden und alsbald ist der „Zweimillionen-Pump“ fit und fertig herausgeschlüpft. Beispielsweise sei das „Großhainer Tageblatt“, nebenbei „Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden“, zitiert. Das Blatt berichtet in seiner Nr. 135 vom 13. Juni unter anderem Unfug über den Kampf in Berlin das folgende:

Die letzte Generalversammlung des Unternehmerverbandes (am 13. Juni) hat wiederum „mit großer Befriedigung von dem für ihn günstigen Stande des Kampfes“ Kenntnis genommen, und die Versammlung hat nunmehr beschlossen, die Ausperrung am 1. Juli aufzuheben, d. h. dann „Arbeitswillige“ zu den alten Löhnen und bei neunstündiger Arbeitszeit einzustellen. Immer wieder wird von den „zahlreichen Arbeitswilligen“ geredet, die schon vorhanden sein sollen. Es ist aber doch etwas merkwürdig, daß man diese „Scharen“, die, wenn man der fortgesetzten Prahlerei des Unternehmerverbandes Glauben schenken wollte, auf Tausende geschätzt werden müssen, noch über 14 Tage brach liegen läßt. — Unsere Berliner Verbandsmeister scheinen nach einer ganz neuen Taktik handeln zu wollen. Wochenlang werden sie Tag für Tag „Arbeitswillige“, wickeln sie sauber in Papier, packen sie in Riksen und legen sie irgendwo auf Lager; endlich sind die Tausende beisammen und am 1. Juli — warum nicht am 1. April? — werden die Steifleinernen im Paradeanzug auf die Bauten geführt. Bums! der Kampf ist gewonnen. Sollte sich die Geschichte wirklich so in den Köpfen der Herren Bahl und Genossen abspielen? Ach nein! Es ist nichts als Wind, was die Herren in ihren Beschüssen von sich geben und womit sie Schreckchüffe nach dem Lager der Streikenden abgeben wollen, in der Hoffnung, diese möchten sich doch am Ende hange machen lassen und vor dem Erscheinen der „Arbeitswilligen“ die Flinte ins Korn werfen. Die Hoffnung wird sich aber nicht erfüllen.

Der noch nicht in Arbeit steht — es werden keine 300 Mann sein — kann den Verband der Baugeschäfte wahrlich nicht glücklich machen. Ebenjowentig kann dies die katholische „Fachabteilung“, die sich schon seit Weihnachten dem Unternehmerverbande als Vermittler von „Arbeitswilligen“ anbietet. Mögen sie und alle Gefühlsvermittlungsbureau und die Äpfel für Obdachlose noch einige hundert Mann stellen, was will das bezeugen; es ist ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Auch die Drohung des Verbandes der Baugeschäfte, mit der katholischen Fachabteilung und anderen „meister-treuen Arbeitnehmer-Vereinigungen“ Verträge abzuschließen und sie gewissermaßen als Konkurrenz gegen die „Gewerkschaften“ großzuziehen, läßt die Streikenden „völlig“ kalt. Berlin ist kein welt-verlassener Winkel, wo die dort Lebenden unberührt bleiben von dem Pulsschlage einer hochentwickelten Arbeiterbewegung, und der Bau ist keine Zwingsburg, hinter deren Türen die „Arbeitswilligen“ jahrelang in Isolierhaft gehalten werden können. Die Banarbeiter werden wie in einem Schüttelwerk immer wieder durcheinander geworfen.

Die Maurer- und Zentralorganisation ist sowieso arg im Druck. Es ist kein Geld mehr in ihrer Kasse. Schon mußten bei der Ritzdorfer Aktien-Brauerei M. 2 000 000 gepumpt werden. Die Ritzdorfer gab das Geld, weil sie sonst boykottiert worden wäre.

Für die Leser des „Grundstein“ brauchen wir kaum festzustellen, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort ist; es ist eine aus den Fingern gesogene Lüge, mag sie nun gelogen sein, wo sie will, aus Berliner Reporterfingern oder aus den ebenso-unfauberen gewisser Amtsblattredakteure. Die Mitglieder unseres Zentralverbandes wollen wir aber darauf aufmerksam machen, daß sie das Recht haben, von allen Zeitungen, die wie das „Großhainer Tageblatt“ die Lüge ausgeht und weiter verbreitet haben, eine entsprechende Berichtigung zu fordern und im Weigerungsfall die Sache der Staatsanwaltschaft anzuzeigen.

### Die Lage des Kampfes

hat sich gegen die vorige Woche wenig geändert, und soweit eine Verschiebung vorgekommen ist haben lediglich die Streikenden davon Vorteil. Nach einer

In Wahrheit liegt die Sache so: Bis kurz vor der Ausperrung waren im Berliner Lohngebiet rund

Für den sachlichen und sachkundigen Beobachter steht fest, daß nach nunmehr vierwöchiger Dauer der Kampf für die Ausperrten und Streikenden aller drei Berufe recht günstig steht und daß der Verband der Baugeschäfte mit seiner Taktik immer mehr ins Hintertreffen kommt. Die Fahnenflucht bei ihm wird darum auch von Woche zu Woche größer; jetzt haben schon 18 seiner Mitglieder, die Forderungen der Streikenden anerkannt. Die Gesamtzahl der Unter-nehmer, die bewilligt hat, beträgt 600.

### „Mittelstand“ und „Mittelstandsbedevung“

Die sogenannte „Mittelstandsbedevung“ und „Mittelstandspolitik“ hatten viele für eine erst in neuester Zeit zu Tage getretene Erscheinung. Das ist ein Irrtum. Eine von bestimmten wirtschaftspolitischen Anschauungen und Forderungen ausgehende Propaganda für Wahrung und Förderung der Interessen derjenigen Bevölkerungskreise, die man als „Mittelstand“ bezeichnet, hat es in früheren Jahrhunderten schon gegeben. „Die gute alte Zeit“ ist reich an Beispielen solcher Propaganda: Wir brauchen nur in die Geschichte des Handwerks einzugehen, um ihrer sehr viele und sehr drastische zu finden. Die Klagen über den Verfall des hauptsächlich von der Masse der kleinen selbständigen Gewerbetreibenden gebildeten „Mittelstandes“ setzen sich mit der von Kapitalismus bewirkten großen wirtschaftlichen Umgestaltung, und sie nehmen zu, je mehr diese Umgestaltung fortschreitet. Und schon früher qualten Regierungen sich ab mit der Frage, wie der Mittelstand zu schützen sei gegen die kapitalistische Wirtschaft. Gegen die Entwicklung dieser Wirtschaft selbst nichts zu unternehmen, sie vielmehr zu fördern, waren die Regierungen schon in Rücksicht auf ihre eigenen Interessen klug genug. Aber dem Mittelstande sollte doch „geholfen“ werden. So versiel man auf die Aufhebung der Zünfte. Das war echte und rechte „Mittelstandspolitik“. Man konnte sich der Einsicht nicht verschließen, daß die starre zünftlerische Organisation nicht mehr von Nutzen, sondern von Schaden für das Handwerk ist. Mit ihrer Aufhebung hoffte man dem Handwerk neue Lebensfähigkeit zu geben; in „Freiheit“ sollte es wieder gehoben. Auf diese Ansicht treffen wir bereits im ersten Drittel des 17. Jahrhunderts, und im Jahre 1672 hatte ein deutscher Reichstag sich mit dem Vorschlage, die Zunftbeschränkungen gänzlich aufzuheben, zu beschließen. Später wurden die Zunftordnungen in Deutschland mehrfach revidiert. Im Jahre 1810 wurde in Preußen ganz plötzlich, ohne jeden Uebergang, die völlige Gewerbe-freiheit eingeführt; 1849 aber entschloß sich die Regierung, schlimmen Ratsschlägen folgend, zur teilweisen Wiederherstellung des Zunftwesens, um der „Unzufriedenheit des Mittelstandes zu begegnen“. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden zahlreiche Handwerker bei der Regierung vorstellig, um Befreiung dieser Beschränkungen.

Ein anderer Teil der Handwerker hingegen demonstrierte — wie der konservative Sozialpolitiker Huber (Soziale Fragen, VI) berichtet — auf Handwerkertagen (Weimar 1862 und Duedlinburg 1867), erfüllt von einem „im bedenklichsten Sinne reaktionären Geiste“, für Wiederherstellung des alten Zunft- und Innungswesens. — Bestrebungen, die besonders von Hamburg aus gefördert wurden. Preußen erhielt dann neuerdings Gewerbe-freiheit durch die mit den übrigen Staaten Norddeutschlands gemeinsame Gewerbeordnung von 1869, welche 1871 auf das neue Deutsche Reich überging.

Über was Huber den zünftlerisch gemühten Handwerkern vorgeworfen hatte, „gänzlicher Mangel an Verständnis für die Weltläufigkeit und Umstände der Gegenwart und der Vergangenheit“ — das schwand nicht. Im Gegenteil, die zünftlerische Borniertheit erhielt durch die auf den Milliarden-segen aus dem deutsch-französischen Kriege folgende schwere wirtschaftliche Krise in den siebziger Jahren neue Nahrung.

### Victor Hugo über die Baukunst.

Victor Hugo, einer der geistreichsten und sprachgewaltigsten französischen Dichter, entwickelt in einem seiner Monane\* äußerst originelle Gedanken über die Rolle, die die Baukunst im Leben der Völker gespielt hat. Die Baukunst ist ihm der Ausdruck des Willens und Sehens der Menschheit, aber die Menschheit wählte die Baukunst nur darum dazu, weil ihr kein anderes Ausdrucksmittel zu Gebote stand. Am Ende des 15. Jahrhunderts aber fand sie ein anderes und — besseres: die Buchdruckerkunst. Damit ist der Uebergang der Baukunst, d. h. der redenden Baukunst entschieden. Der Buchstabe ist der Stein! Doch geben wir ihm selbst das Wort:

„Seit dem Anfang aller Dinge, bis zum 15. Jahrhundert des christlichen Zeitalters einschließlich, ist die Baukunst das große Buch der Menschheit, der Hauptausdruck des Menschen in den verschiedenen Zuständen seiner Entwicklung, sei es als Kraft, sei es als Geist.“

Nachdem sich das Gedächtnis der ersten Geschlechter über-laden hätte, nachdem von Geschlecht zu Geschlecht die Tradition so schwerfällig und verwirrt wurde, daß sie das nackte und lächerliche Wort nicht mehr getreu überliefern konnte, schenkte man die Geschichte in den mütterlichen Boden der Erde auf die sichtbarste, dauerhafteste und natürlichste Weise: man besiegelte jede Tradition (Ueberlieferung) durch ein Monument.

Die ersten Monumente waren einzelne Felsblöcke, die, wie Moses sagt, das Gesehene nicht berührt hatte. Die Architektur be-gann mit jeder Schrift. Sie war zuerst Alphabet. Man pflanzte

und nunmehr setzte die „Mittelstandsbedevung“ ein, die seitdem sich stetig zu einem sozialpolitischen Gumbug sondergleichen entwickelt hat.

Alle reaktionären Parteien, die Kon-servativen mit dem Junkertum an der Spitze, das Zentrum, der Antimilitarismus und selbst ein Teil der Nationalliberalen sind an dieser Be-wegung beteiligt. Sie alle treiben „Mittelstands-politik“, aber aus Berechnung; sie wollen aus der naturgemäßen und unaufhaltbaren, vom Kapitalismus bewirkten Zersekung der bürgerlichen Gesellschaft für „ihre resp. Parteinteresse profitieren, indem sie „Freund-schaft“ für den „Mittelstand“ heuchelt, für die Masse des Kleinbürgertums, welches unrettbar der wirtschaftlichen Entwicklung zum Opfer fällt. Sie geben an, dem „Mittelstande“ helfen zu wollen und zu können; es sei möglich, die vernichtenden Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaft von ihm abzumenden.

Was ist denn das nun aber für ein Ding, der „Mittelstand“? Genau betrachtet nichts anderes als eine Fiktion! Was eine Klasse ist, das muß sich genau feststellen lassen; die Feststellung ist gegeben mit dem Begriff, wonach ein Stand oder eine Klasse, gebildet von solchen Menschen, die eine bestimmte und genau ab-grenzte wirtschaftlich und soziale Stellung mit gemeinsamen wirtschaftlichen, politi-schen und sozialen Interessen haben. Was Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ist, weiß man; ihr Charakter, ihre scharf abgegrenzten gegen-seitigen Interessen liegen offen zu Tage; man braucht nicht erst nach ihnen zu suchen. Aber „Mittelstand“? Welche Volkselemente gehören zu ihm? Welches sind die gemeinsamen Interessen, die dieser „Stand“ hat? Unsere Mittelstandspolitiker rechnen zu ihm völlig will-kürlich alle diejenigen, die nicht zu den höheren und wirt-schaftlich maßgebenden Klassen, zu den großen Unter-nehmern, den großen Kapitalisten und nicht zur Ar-beiterklasse, zu der Masse der um Lohn Ar-beitenden gehören. Alles, was dazwischen wimmelt und lebt, soll der sog. Mittelstand sein; die Masse der selbst-ändigen Handwerker, der kleinen Gewerbe-treibenden aller Art, Zwischenhändler, Agenten u. dgl., der besser bezahlten Angestellten in öffentlichen und privaten Betrieben, der kleinen Bauern u. dgl. Alle diese Elemente nennt man zu-sammen, den „Mittelstand“, auf welchem nach der Versicherung der Mittelstandspolitiker die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung wesentlich mit beruhen soll.

Die Anwendung des Wortes und Begriffes „Stand“ auf diese Masse ist schon deshalb ein Nonens, weil sie sich zusammenfassen aus allen möglichen „Ständen“ und Be-rufen, denen die verschiedensten, häufig ein-ander scharf widerstrebenden Interessen eigen sind. Es ist ein unentwirrbares Durcheinander von Gruppen und Claqueen, von denen jede ihre Sonder-interessen hat, so daß von Standesinteressen im richtigen Sinne des Wortes gar nicht die Rede sein kann. Es gibt klar erkennbare und genau abgrenzbare Interessen der ganzen Arbeiterklasse. Aber man nenne uns ein einziges Interesse, welches den Millionen gemeinsam ist, die als „Mittelstand“ bezeichnet werden. Es gibt keines! Wird für die Kleinbauern, von ihnen selbst und von ihren guten Freunden, den Agrariern, sowie seitens gewisser Unternehmertreife für bestimmte

einen Stein aufrecht in die Erde, das war ein Buchstabe, und jeder Buchstabe war eine Hieroglyphe (Zeichen altägyptischer Schrift), und auf jeder Hieroglyphe ruhte eine Gruppe Ideen, wie das Radikal auf einer Kolonne. So machten es die ersten Geschlechter, überall zu gleicher Zeit, auf dem ganzen Umkreis der Erde. Man findet den ausgerichteten Stein der Kelten im asiatischen Sibirien und in den Pampas von Südamerika.

Später machte man Worte. Man baute Stein auf Stein, man verband diese Steine von Grund untereinander, das Wort verband einige Kombinationen. Der Dolmen und der Cromlech der Kelten, der steinzeitliche Tumulus, der herabliche Galgal sind Worte. Einige, besonders der Tumulus, sind Eigennamen. Manchmal sogar, wenn man viele Steine und einen weichen Umkreis hatte, schrieb man eine Phrase. Der ungeheure Stein-haus von Carnac ist schon eine ganze Formel.

Endlich schrieb man Wörter. Die Traditionen hatten Symbole (beobachtungsvolle Bilder) erzeugt, unter denen sie be-schwanden, wie der Stamm des Baumes unter seinen Wäldern. Alle diese Symbole, denen die Menschheit Glauben schenkte, häuften sich an, vermehrten, entwickelten sich mehr und mehr. Die ersten Monumente hatten nicht mehr. Man genug, sie zu fassen. Kaum drückten diese Denkmäler noch die ursprüngliche Tradition aus, gleich ihnen einfach, nackt und frei der Erde entwachsen. Das Symbol schloß das Bedürfnis, sich auf dem Gebäude bemerklich zu machen. Jetzt entwickelte sich die Architektur mit dem menschlichen Gedanken: sie wurde ein tausendköpfiger und tausendarmiger Dieb und besetzte diese schwappende Symbolik unter einer ewigen, sichtbaren, fälschbaren Form. Während Dabalus, der die Kraft ist, maß, während Orpheus, der die Einsicht ist, sang, sah man den Priester, der ein Buchstabe, die Artade, die eine Seite, die Pyramide, die ein Wort ist, durch das doppelte Gebirg der Poese und der Geometrie in Bewegung gesetzt, sich ordnen, zusammenfügen, tief in der Erde wurzeln, hoch

Großindustrien geltend gemacht, eine scharfe Schutz-politik liege in ihrem Interesse — so erklären ganz richtig die Massen der kleinen Gewerbetreibenden, Hand-werker, Kaufleute u. dgl. daß sich eine Politik ihren Inter-essen widerspreche. Wir haben in den letzten Jahren anlässlich der parlamentarischen Erledigung der Zolltarif- und Steuerfragen viele Hunderte von Kundgebungen aus den Kreisen des „Mittelstandes“ gesehen, in denen die Interessengruppen scharfsten hervortreten. Was die einen in ihrem Interesse fordern, das verwerfen die anderen als unvereinbar mit ihren Interessen. Jede Interessentengruppe möchte eine Extrawurst gebraten haben; jede ver-langt die Berücksichtigung ihrer Interessen und die Nicht-berücksichtigung der Interessen anderer Mittelstandsleute.

Die Mittelstandsbedevung hat mehrere große Zentren: 1. im Bund der Landwirte und der anderen Bauern-bünde, 2. im Bund der Grundbesitzervereine, 3. in den Innungsverbänden, 4. im Zentr-alverband deutscher Kaufleute, 5. in den Ver-bänden der Gastwirte — der schier zahllosen kleinen Interessentenvverbände gar nicht zu gedenken. Wer will es unternehmen, nachzuweisen, daß diese Interessentengruppen durch eine „Harmonie der Interessen“ miteinander verbunden sind? Es kam keiner auch nur den Versuch dazu machen, ohne sich dem Fluch der Lächer-lichkeit in den Augen aller vernünftigen Menschen aus-zusetzen. Denn die einander widerstrebenden Erwerbs-interessen machen sich geltend, und jede Interessentengruppe verlangt ein Erwerbsprivileg für sich zum Nachteil anderer Gruppen. So z. B. zern die Gastwirte über den ihnen vom Flaschenbier-handel bereiteten „unlauteren Wettbewerb“. Die ersten und rechten Zünftler hätten am liebsten die genaue Abgrenzung der gewerblichen Tätigkeit wieder, wie sie in der „guten alten Zeit“ bestand und wie sie zum Teil in Oesterreich wieder eingeführt worden ist, wo infolge dessen die lächerlichsten Streitigkeiten darüber, was ein Handwerker arbeiten darf, ob z. B. ein Bäcker berechtigt ist, Konditormären anzufertigen, von den Verwaltungsbehörden entschieden werden müssen. Auf einer Versammlung von Gewerbetreibenden in Berlin im Jahre 1898 wurde ernsthaft darüber ge-stritten, ob der Verkauf von Gänsen Sache der Schlachter sei und ob die Materialwarenhändler auch frisches Fleisch und Wurstwaren führen dürfen.

Und all diese Mittelstands-Gruppen rufen den Staat, die Reichsregierung, die Reichsgesetzgebung um ausgiebige Hilfe an. Und jede behauptet, sie sei un-entbehrlich im Wirtschaftsleben; ohne sie und ohne die Berücksichtigung ihrer Interessen müsse Staat und Gesellschaft schweren Schaden nehmen oder gar zu grunde gehen.

Die reaktionären Gewalten tun ja denn auch so, als wollten und könnten sie helfen; sie lassen sich zu den absurdsten „mittelstandspolitischen“ Maßnahmen herbei, indessen die Zersekung und Auflösung der bürger-lichen Gesellschaft unaufhaltsam vor sich geht.

Lange liegt die Zeit zurück, wo es einen auf gewissen-einheitlichen Interessen beruhenden Mittelstand gab. Was man heute so nennt, ist jenen nicht vergleichbar. Jener Mittelstand hatte gar keine oder nur wenige proleta-riische Erzfürungen. Heute aber ist in den Massen, die als Mittelstand gelten sollen, das proletarische Element schon sehr stark: Menschen, die von der

in die Wolken steigen, bis unter der Fingehand der Hauptidee einer Epoche jene wunderbaren Bücher geschrieben waren, die zugleich wunderbare Gebäude sind: die Pagode von Selingan, der Phönix von Ägypten, Salomos Tempel.

Die Ueber, das Wort, war nicht bloß im Innern aller dieser Gebäude, sondern auch in der Form. Salomos Tempel war nicht bloß der Einband des heiligen Buches, sondern das heilige Buch selbst. Auf jedem seiner kongruirlichen Umkreise konnten die Priester das Wort legeren Wort lesen, und so folgten sie seinen Umwandlungen von Heiligum zu Heiligum bis in das Allerheiligste. Das Wort war im Innern des Ge-bäudes eingeschlossen, aber sein Bild war auf der Außen-seite, wie das menschliche Gesicht auf dem Sarge einer Waise.

Aber nicht allein die Form der Gebäude, sondern auch ihre Lage gab den Gedanken kund, den sie darstellten. Je nachdem das darzustellende Symbol heiler oder erdiger war, schaute Griechen-land seine Wege mit einem harmonisch ins Auge fallenden Tempel, grub Juden die feinsten tief in die Erde ein und-mischelte unter dem Boden jene ungelakten, den gigantischen steinernen Gestalten getragenen Pagoden.

So war in den ersten sechs-tausend Jahren der Welt, seit der entfernsten Pagode Hindustans bis zum Dom von Köln, die Architektur die große Schrift des menschlichen Geschlechts. Dies ist so wahr, daß nicht bloß jedes religiöse Symbol, sondern auch jeder menschliche Gedanke in diesem unermeßlichen Buche sein Bild und sein Denkmal hat.

Jede Zivilisation beginnt mit der Theokratie (Kirchen-herrschaft) und endet mit der Demokratie. Dieses Gesetz der Freiheit, das auf die Einheit folgt, ist in der Architektur ver-zichnet. Die Baukunst vermag mehr, als bloß Tempel zu bauen, die prächtige Mythe und Symbolik auszubilden, die geheimnisvollen Geheißtafeln ihrer steinernen Wälder in Hieroglyphen einzubereiten. In jeder menschlichen Völkerschaft tritt ein Augenblick ein, wo sich das geheiligte Symbol abmalt

\* „Der Glöckner von Notre Dame“. Man findet ihn abgedruckt in der sehr empfehlenswerten Monatszeitschrift „In freien Stunden“, die in wöchentlichen Heften à 10 S im Ver-lage der Buchhandlung Nordwärts erscheint und bei allen Solportreuren, Buchhandlungen usw. bestellt werden kann.

Sand in den Mund leben und oft selbst das nicht können; Menschen, die im Zustande der Armut und nicht selten in schlechterer Lage sich befinden, als die Lohnproletarier.

Die sogenannte staatserschaltende Politik setzt sich in einen ungeheuren Widerspruch. Daß ein Lohnproletariat bestehen und daß dasselbe stetig sich vermehren müsse, betrachtet sie als selbstverständlich, als die unerlässlichste aller Voraussetzungen der bestehenden Wirtschaft und Gesellschaftsordnung. Und in der Frage der „Mittelstandspolitik“ behauptet sie, es müsse verhütet werden, daß der Mittelstand ins Proletariat versinke, da sonst die „bestehende Ordnung“ gefährdet sei. Ist ein toller Widerpruch denkbar? Hat denn irgend ein Mensch nach Maßgabe dieser Ordnung ein erweisliches Recht, nicht ins Proletariat zu fallen? Die „staatserschaltende“ Politik treibt plumpen Schwundel. Aber auch der wird ein Ende nehmen!

Materialismus und Idealismus.

Nicht nur Ungerechtigkeit, die sich verkörpert in einem System der Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Massen, sondern als Stütze dieses Systems auch Unwahrscheinlichkeit, Heuchelei, Vorurteil und Irrtum, sind die Kriterien aller Standes- und Klassenherrschaft, von der uns die Geschichte Kunde gibt. Und immer sind sie mit rücksichtsloser Schärfe wirksam gewesen im Verteidigungskampf der Herrschenden gegen den Geist der Humanität und des Fortschritts, der zu allen Zeiten der Welt des Umsturzes war. Immer waren sie bemüht, ihre faktische Gewalt zu stützen und zu erhöhen, deren Ausübung zu erleichtern durch Zuhilfenahme einer Religion und einer selbstgeschaffenen Moral, die sich durchaus ihrem Interesse anpaßte. Von dieser Moral haben sie stets gesagt, daß sie die „einzig wahre“ und „einzig richtige“ sei, die durch keine andere ersetzt werden könne, genau so, wie sie stets ihr ganzes Herrschaftssystem mit all seinen schlimmen Konsequenzen als den unantastbaren Inbegriff „göttlicher Weltordnung“ ausgegeben haben; Und immer haben sie im Zusammenhang damit eine besondere Art von Idealismus konstruiert, der dazu dienen sollte, ihren rohen Materialismus zu rechtfertigen und zu benüteln.

Das ist auch noch heute so. Unsere herrschenden Stände und Klassen unterdrücken sich in dieser Hinsicht durchaus nicht von denen früherer Zeiten. Zudem sie für die Erhaltung ihrer vom Umsturz bedrohten Ordnung eintreten, offenbaren sie alle die schlechten Charaktereigenschaften, die der Privilegienherrschaft stets eigen waren. Nicht mit ehrlichen Kämpfen sie gegen die Vertreter einer neuen Weltanschauung, die wider ihre Ungerechtigkeiten, wider ihr Herrschaftssystem, wider ihr erworbenes Recht und ihre willkürlich konstruierten Moralbegriffe und „Ideale“ sich richteten. Von ihrer Unwahrscheinlichkeit, ihrer Heuchelei und ihrem Vorurteil wird in erster Linie die Sozialdemokratie, die Arbeiterpartei, betroffen, von der sie behaupten, daß diese „Partei des raffeststen Materialismus“ es darauf abgesehen habe, zwecks Erleichterung ihrer Absicht des gewaltsamen Umsturzes alles Bestehenden, „dem Volke alle Moral und allen Idealismus zu rauben“. Ja, sie behaupten, daß die Sozialdemokratie ihrem Wesen, ihren Prinzipien und Bestrebungen nach „ideale Güter nicht kennt“.

Daß der demokratische Sozialismus einen durchaus materialistischen Grundzug hat, daß er für die Erforschung und Feststellung der Kulturentwicklung und für die Förderung ihres Fortschritts, speziell in Ansehung der Interessen der Arbeiterklasse, sich an die praktische Bedeutung hält, die nach den Lehren der Geschichte der Materialismus immer gehabt hat und noch hat — darin beruht seine unüberwindliche Stärke. Denn nichts ist so sehr und so unbedingt Wahrheit als der Materialismus. Von jeher ist in allen Menschen, in allen Interessen und in allen Klassen die große Selbstsucht die bewegende Macht. Mögen die Herrschenden, die „Staatserschaltenden“ und „Ordnungspolitiker“ noch so viel faßeln vom moralischen und ethischen Ursprung und „Wert“ der Klassengegenätze und der Klassenherrschaft, es bleibt doch wahr und offenkundig, daß diese Gegenätze und diese Herrschaft rein materiellen Ursprungs sind, daß der Egoismus sie geschaffen hat und für ihre Forthaltung kämpft.

Was anderes offenbart uns denn die um Jahrtausende bis an den Beginn der Kultur zurückgehende Geschichte des Materialismus, als diese Tatsache? Da sehen wir, wie aus dem Egoismus, aus dem Materialismus heraus die Moral, die Ethik und der Idealismus der Herrschenden entsteht als ein Regulativ, um neben Recht und Polizei den Bestand klassenstaatlicher Ordnung zu sichern, und „immer entspricht die Natur dieses Regulativs der jeweiligen Verfassung der Gesellschaft, ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen und Einrichtungen.“

An solcher Moral wie an religiösem, patriotischem und sonstigem „Idealismus“ hat es den herrschenden Klassen nie gefehlt. Was ist aber dabei herausgekommen? Immer waren diese Klassen, entsprechend dem wahren Wesen ihrer Herrschaft, dem größtlichen Materialismus, der entartetsten Selbstsucht ergeben. Wer kann uns aus der Geschichte ein Stück Klassenherrschaft aufweisen, das des Kriteriums maßloser Habgucht und Genußsucht entbehrt? Und die „moralischen Grundzüge“ und die „Ideale“, womit die Herrschenden die Massen der Unterdrückten sich untertan erhalten wollten, haben sich niemals behaupten können gegen die unablässig wirkende Macht des Fortschritts. Vor allen Dingen haben sie niemals den Zerfall und den Umsturz vorgebildet, unantastbarer Staats- und Gesellschaftsordnungen verhindert.

Das hat die Sozialdemokratie aus der Geschichte gelernt. Und mit zwingender Logik stellt sie dem entarteten, der Vernunft und Gerechtigkeit Hohn sprechenden Egoismus und Materialismus der Herrschenden, das das menschliche Recht der arbeitenden Massen verweigert, einen aufgefäkten, von guten und unbedingt sittlichen Motiven bestimmten Egoismus entgegen, der sich in dem Sage begreift, daß jeder Anspruch hat auf eine durch ehrliche und nützbringende Arbeit garantierte wahrhaft menschenwürdige und mit dem Fortschritt der Kultur beständig sich verbessernde Existenz — den Materialismus, der mit dem Menschenrecht gegeben und ohne den die praktische Bewährung dieses Rechts nicht möglich ist.

Gerade an diesem Punkt zeigt sich so recht deutlich die logische Verbindung zwischen berechtigtem Materialismus und gesundem Idealismus. Kann es ein höheres und schöneres Ideal geben, als das,

dessen Träger die Sozialdemokratie ist: durch gründliche Umgestaltung der materiellen Existenzbedingungen, durch Ueberwindung der Herrschaft-privater Besitzherrschaft, durch Beseitigung des Mammonismus die Unterdrückung, die Not und das Elend der Arbeit aus der Welt zu schaffen, den Kulturvölkern den Frieden und den Fortschritt im friedlichen Wettstreit zu sichern, die Humanität, die rein menschliche Gerechtigkeit zur schönsten Entfaltung zu bringen? Darüber spötteln und höhnen unsere Ordnungspolitiker. Aber sie propagieren einen „religiösen Idealismus“, der in seinem ursprünglich guten und humanitären Kern längst von allen Kreisen der herrschenden Klassen in der Praxis mit Füßen getreten wird. Den Begriff der allerbarmeren Liebe hat man nirgend zur praktischen Geltung gebracht. Dagegen hat man beibehalten und zum wesentlichen und höchsten Inhalt des „religiösen Ideals“ gefälscht: Die heuchlerische Lehre von der alles geduldig ertragenden Demut. Das tat man natürlich, um den unterdrückten Massen die Uebung dieser Demut als eine „religiöse Pflicht“ aufzuerlegen, um sie so zum gebuldrigen Ertragen aller Ausbeutung und Unterdrückung anzuhalten. Es waren also höchst verwerfliche „materialistische“ Zwecke, die sich in den Mantel des religiösen Ideals hüllten. Genau so ist es mit den politischen und allen sonstigen „Idealen“ der herrschenden Klassen und der in ihrem Namen und für ihr Interesse wirkenden staatlichen Autoritäten. Auch sie sind durchaus materialistisch-spekulativ gerichtet auf die Erhaltung der Klassengegenätze und der Klassenherrschaft.

Der Materialismus der Sozialdemokratie hingegen gibt die Triebkraft für echt sittliches Handeln und führt zu einem Idealismus, der hoch erhaben ist über alles das, was das herrschende, privilegierte Interesse als „Idealismus“ ausgiebt. Wenn arme, bedrückte, verachtete Proletarier kämpfen für Bedingungen besserer materieller Existenz, wenn sie in diesem Kampfe einander, oft unter den schwersten Opfern, Solidarität bezeugen, so entwickeln sie ein Maß sittlicher Kraft, das eine hohe kulturelle Bedeutung hat; während die Demut und schweigende Untermittigkeit, die das herrschende Klasseninteresse von ihnen fordert, gleichbedeutend ist mit sittlicher und geistiger Impotenz. Aber weit hinaus über die Lösung der Frage der materiellen Existenzbedingungen und des Streben der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. An ihr zeigt sich sehr scharf das Wechselverhältnis zwischen materiellen Existenzbedingungen und geistigen Kulturfaktoren. In ihrem aufgeklärten Materialismus folgt sie nicht nur den wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen, sondern auch den geistigen, die durch die moderne Wissenschaft bewirkt werden und jenen anderen Umwälzungen vorarbeiten und die Wege bahnen. So wichtig für die Geistesfähigkeit auch die materiellen Existenzbedingungen sind, wurzelt in dieser Tätigkeit doch schließlich alle große und entscheidende Initiative. Deshalb steht die Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe in der Aufklärung der Massen, in der Ueberwindung des ihnen von der herrschenden Klasse anezogenen Stumpfseins, in der Erweckung und Hebung, Stärkung und Disziplinierung ihres geistigen Vermögens. Könnte ein roh materialistisches Empfinden, könnte der Hupfer kulturelle Umwälzungen hervorrufen, so müßte die Menschheit schon längst die höchste Stufe der Vollkommenheit erreicht

und durch den freien Gedanken vermischt wird; wo sich der Mensch der Macht des Priesters entzieht, wo die wachsende Philosphie an der Religion nagt; in diesem Augenblicke könnte sich dann die Architektur nicht mehr dem neuen Zustande des menschlichen Geistes weihen, ihre Wälder blieben leer, ihr Wert wäre mangelhaft, ihr Reich unvollständig. Dem ist aber nicht so. Das Mittelalter, in dem wir klarer sehen, weil es uns näher liegt, mag uns zum Beispiel dienen. Während seiner ersten Periode, als die Theokratie ein neues Europa schuf, als der Papst über den Trümmern des heidnischen Roms die Elemente eines christlichen Roms um sich her sammelte, als das Christentum aus den Trümmern der untergegangenen Zivilisation eine neue hierarchische Welt aufbaute, deren Schlüssel das Priestertum war, erlaubte auf den Ruinen der griechischen und römischen Baukunst jene geheimnisvolle römische Architektur, Schweser der theokratischen Gebäude Ägyptens und Indiens, unvergleichbares Emblem des reinen Katholizismus, unverwundbare Hieroglyphe der päpstlichen Einbeit. Der Hauptgedanke jener Zeit ist in dem düsteren römischen Stil bezeichnet. Man sieht darin überall die unbegrenzte Gewalt, die Einbeit; das Unergänzliche, das Unbedingte, Gregor VII. Überall der Priester, nirgend der Mensch, überall die Kräfte, nirgend das Volk!

Jetzt kommt die Zeit der Strömung. Sie ist eine große volkstümliche Bewegung, die sich über ganze Völker erstreckt, was auch ihre Ursache und ihr Zweck sein mag, entwickelt am letzten Ende den Geist der Freiheit. Ein neuer Zeitpunkt der Geschichte entwickelt sich. Europas Anblick hat sich geändert, mit ihm der Anblick der Architektur. Zugleich mit der Zivilisation hat sich das Blatt gewendet, und der neue Geist der Zeit findet seine Berechtigung in der Freiheit zu schreiben. Sie hat aus den Kreuzzügen das Bogengewölbe mitgebracht, die Wälder, die Freiheit. Während Rom allmählich in sich zerfällt, geht die römische Architektur unter. Die Hieroglyphe verliert die Kathedralen, um die Burgen des Adels mit prangenden

Wappen auszumalen. Die Liebfrauenkirche in Paris, dieses ehemals so dogmatische Gebäude, entgeht der Gewalt des Priesters und fällt dem Künstler anheim. Der Künstler baut sie nach seiner Weise. Am das Mythenreich, um die Mythe, um den Glauben ist es jetzt gegangen. Raume und Phantasie richten ihr Reich auf. Dem Priester gehört der Raum der Kirche und der Altar, dem Künstler die die Wandern. Das Buch der Baukunst gehört nicht mehr dem Priester, der Religion dem römischen Stuhle an, sondern der Einbildungskraft, der Dichtkunst, dem Volke. Daher die reißenden und ungeschickten Umwandlungen jener nur 300 Jahre alten Architektur, die um so auffällender sind nach der einen Stöckung ähnlichen Unbeweglichkeit der römischen Baukunst, die sechs bis sieben Jahrhunderte zählt. Die Kunst streift mit Dignität einher. Volkstümliches Genie und Originalität; bejagten den Dienst, den sonst die Bischöfe fahen. Jedes vorhergehende Geschlecht beschränkt ein Blatt des neuen Buches, nicht auf den Gehalten der Kathedralen die alten römischen Hieroglyphen aus, und kaum erblickt man noch unter dem neuen Symbol hier und da die alte Glaubenslehre. Das volkstümliche Gewand läßt kaum erraten, daß hier die Gebirge der Religion begraben liegen. Kaum kann man sich einen Begriff von den Freiheiten machen, die sich jetzt die Architekten gegen die Kirche selbst erlauben. Hier zahllose Säulen von Mägen und Nonnen, schmählich zusammengepackt. Dort des Altars Reich nach erster Raum und seine Folgen, weiter ein bacchantischer Misch mit Eisensoren und das Glas in der Hand, seiner christlichen Geweinde unter die Nase lachend! In dieser Epoche bestand für den in Stein geschriebenen Wächter eine Freiheit, die der jetzigen Freiheit der Presse ganz vergleichbar ist. Es war die Freiheit der Architektur.

Diese Freiheit ging sehr weit. Bisweilen stellte ein Portal, eine Fassade, eine ganze Kirche einen symbolischen Sinn dar, der dem bestehenden Kultus ganz fremd, sogar feind war.

Schon im dreizehnten Jahrhundert schrieb Wilhelm von Paris, im fünfzehnten Nikolaus Flamel solche außerordentliche Wälder in Stein. Sankt Jakob am Schlachthause war eine vollständige Oppositionskirche.

Der menschliche Gedanke hatte damals keine andere Freiheit als diese, und sprach sich sonst nirgend aus, wie in jenen Wäldern, die man Gebäude nannte. Wäre er auf Papier geschrieben gewesen, so würde ihn die Hand des Zensors auf öffentlichem Plage verbrannt haben. Da ihm nur der einzige Weg offen war, sich Luft zu machen, so betrat er ihn von allen Seiten. Daher jene unermeßliche Anzahl von Kathedralen in Europa, so groß; daß man es kaum glauben kann, selbst wenn man sie gezählt hat. Alle materiellen, alle geistigen Kräfte der Staatsgesellschaft kehrten sich dem nämlichen Punkte zu: der Architektur. Unter dem Vorwande, Gott Kirchen zu bauen, entwickelte sich die Kunst in erhabender Weise.

Wer damals mit einem poetischen Geiste geboren war, wurde Architekt; das in den Wäldern zerstreut, auf aller Seiten von der Feudalität unterdrückte Genie entwickelte sich, da es keinen anderen Ausweg fand, in der Baukunst. Alle anderen Künste gehörten und dienten der Baukunst. Die Architekten waren die Meister des großen Werkes. Der Architekt, der Dichter, der Meister vereinte in seiner Person die Wildhauerer, die ihm seine Forderungen weisete, die Maler, die ihm seine Gläser farbte, die Musik, die seine Gloden läutete und seinen Organen den Wind einhauchte. Selbst die arme, eigentlich sogenannte Poesie, die beharrlich in den Manuskripten verweilte, mußte sich, um doch etwas zu bedeuten, unter die Architektur in poetischer oder profanischer Form einreihen und ihre Denksprüche in Stein ausheuen lassen.

Was auf Gutenberg also war die Architektur die Haupt schrift, die allgemeine Schrift. Dies reinere Buch beginnt im fernsten Morgenlande, zieht sich durch die geschichtliche Welt hin, und das Mittelalter hat sein letztes Blatt geschrieben. Dies

haben. Denn der Hunger, das Elend haben die unterdrückten Massen stets beherrscht. Der Hunger allein hat sie wohl gelegentlich zu Verzweiflungskämpfen gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter getrieben, aber niemals zu einem großen Emanzipationskampfe, niemals zu einem Kampfe um Aenderung der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung. Dem modernen Proletariat bleibt es vorbehalten, solch einen Kampf zu führen, in Verbindung mit dem Materialismus und in logischer Entwicklung desselben der Verwirklichung des höchsten und herrlichsten aller Ideale, des Ideals des absoluten Menschenrechts ist die Grundlage einer neuen Gesellschaftsordnung zu erstreben. Unsere Gegner nennen das eine „Utopie“. Aber diese „Utopie“ wird Wirklichkeit werden. Die naturwissenschaftliche und materialistische Weltanschauung verdrängt ein Ideal, das seine Berührung mit der gesellschaftlichen Neuordnung finden muß und wird.

## Mauererbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

#### Deutschland:

##### Maurer:

- Hansastädte:**
  - Hamburg: Ochsenwärdler, Kirchwärdler (Streiks), Cuxhaven (Aussperrung), Altengamme (Sperrung über Knoop), Lübeck (Differenzen);
- Schleswig-Holstein:**
  - Burg b. Wlster, Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg und Ricking, Heiligenhafen, Flensburg (Streiks), Schleswig (Bauarbeiterstreik), Reinhold (Sperrung über E. Haeger);
- Mecklenburg:**
  - Neubrandenburg (Aussperrung), Sülze (Sperrung über Holdorf), Rostock (Differenzen), Boizenburg (Sperrung über den Bau des Mühlenbesitzers Hinselmann);
- Brandenburg:**
  - Berlin (Aussperrung). Das Berliner Lohngelände umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngeländes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Copenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glienice, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Bernickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hemersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von der Aussperrung erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennikendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Bruchmühle (Sperrung über Krause), Mittenwalde (Sperrung über Rehfeld, Kreis-Krankenhaus und Saalbau in Gallun), Oranienburg (Sperrung über die chemische Fabrik);
- Pommern:**
  - Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperrung über Paape), Wolgast (Differenzen), Greiswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperrung über Berg), Richtenberg (Sperrung über Schwalger);
- Ost- und Westpreussen:**
  - Fraust (Streik), Sensburg (Aussperrung), Marienburg, Marienwerder, Kowitz (Differenzen);

- Posen:**
  - Schwarsenz, Kolmar (Streiks), Pinné (Differenzen);
- Schlesien:**
  - Ohlau, Sagan, Sprottan, Haysan (Streiks), Schmiedeburg, Jauer, Landesbut (Differenzen), Peisterwitz (Aussperrung);
- Königr. Sachsen:**
  - Chemnitz, Kirchberg, Ober- und Niederneukirch, Steinitz, Wehrsdorf, Ringenhain (Streiks), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Mückern, Sohrstrasse, Gottlieb Tschierley in L.-Gohlis, Pariserstrasse, Hansoroth, L.-Anger, Spichernstrasse, Alfred Körschner, L.-Gohlis, St. Privatstrasse, Th. Kössling, L.-Anger, Weissenburgstrasse), Schneberg (Sperrung über G. Hoekel in Schneberg und Lain in Aue, Bahn liegt in Niederschlema), Meissen (Sperrung über Teicherts Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperren);
- Thüringen:**
  - Blankenburg i. Th., Meiningen (Streiks), Zechau (Sperrung über die Zuckerraffinerie in Rositz);
- Provinz Sachsen und Anhalt:**
  - Hornhausen, Halle a. d. S., Egeln, Erfurt, Weissenfels (Streiks), Naumburg a. d. S. (Sperrung über Emil Müller, Kanonierstrasse), Wettin (Sperrung über Zeche Johanneshall, Unternehmer Röber), Bernburg, Oschersleben (Aussperrung), Nebra (Sperrung über Knabe in Rossleben), Zeitz (Differenzen), Kauschberg (Sperrung über Alb. Jakob), Osterwieck (Sperrung über Witte und Wilhelm), Merseburg (Sperrung über Schreyer), Quedlinburg (Differenzen);
- Hannover, Oldenburg und Lippe:**
  - Springe, Melle, Quakenbrück (Streiks), Delmenhorst (Bauarbeiterstreik), Cello (Aussperrung), Stade (Sperrung über Bülzing);
- Westfalen:**
  - Bünde, Herford (Streiks), Bochum (Sperrung über Wingenfeld und Homberg), Hagen (mehrere Sperren), Schwelm (Sperrung über Müller);
- Rheinland:**
  - Aachen (Streik), Helligewald b. Trier (Sperrung über P. Broschort), Kettwig (Sperrung über Endlein);
- Hessen und Waldeck:**
  - Rinteln, Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Rüdelsheim, Gerusheim (Streiks), Heidesheim (Sperrung über Rump, Jakob und Franz Swidersky), Flonheim, (Sperrung über Kessler, Braun und Holzderber), Oppenheim (Sperrung über A. Gesinn und Florian Krayer, Leidecken (Sperrung über P. Seip), Reichelsheim (Sperrung über K. Faust), Lorsch (Sperrung über beide Geschäfte Brunnengraber);
- Baden-Pfalz:**
  - Neustadt a. d. Haardt, Wiesloch, Eberbach (Streiks), Roxheim (verschiedene Sperren), Mannheim-Ludwigshafen (Sperrung über Betongeschäft Wways & Freitag);
- Elsaß-Lothringen:**
  - Mülhausen, St. Ludwig (Streiks), Strassburg (Sperrung über Ph. Frey);
- Bayern:**
  - Bad Tölz, Bamberg, Schwandorf, Selb (Sperrung über Jäger & Werner), Landshut (Differenzen);
- Schweiz:**
  - Basel, Bern, Bülach, Olten;
- Oesterreich:**
  - Weisswasser, Haida, Neusattl, Mährisch-Neustadt, Berndorf, Pottenstein, Oberhollabrunn, Bensen, Haida (Streiks);
- Ungarn:**
  - Pressburg, Budapest (Aussperrung).

**Der Unternehmer D h n e s o r g e in Straßberg im Saiz** stellt noch 10 bis 15 Maurer zum Stundenlohn von 38 bis 40 s. ein.

**Gau Berlin.** In Landsberg a. d. B., wo die Bauarbeiter seit dem 1. Juni streikten und 800 unterer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen waren, haben am 5. und 8. Juni Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Vereinbarung führten. Bei dieser Gelegenheit haben auch unsere Kollegen und ebenfalls die Zimmerer eine Lohn-erhöhung erobert: vorläufig 2 s., nach einem Jahre 1 s. und nach zwei Jahren weitere 2 s., so daß der Stundenlohn dann 48 s. beträgt. — In L e m e g i t f i r den Stundenlohn vertraglich um 2 s. erhöht werden und soll im zweiten Jahre noch um 1 s., auf 55 s. erhöht werden.

Der Streik in C o l m a r i. Posen dauert fort. Die Unternehmer haben in letzter Zeit zur „eisernen Selbsthilfe“ gegriffen; die Meinen, die man so „Unternehmer“ nennt, haben zur Stelle gegriffen und wollten einen Bau nach dem anderen fertig machen. Zuerst wurde der Bau eines „Großen“ in Angriff genommen. Da es aber Verleumdungen gibt und die „Meinen“ recht wenig Duff davon haben, die „Großen“ aber überhaupt nicht helfen wollten, wohl auch mehr vom Kommandieren als vom Mauern verstehen, so legten auch die „Meinen“ die Arbeit wieder nieder. Bei den Streitenden haben diese „Arbeitswilligen“ hohes Mitleid erweckt und wurden häufig bedauert, aber keiner wollte helfen. Mit der Selbsthilfestellung der Arbeit ist es also nicht. Auf den Reim, die Polizei zu unternehmen zu machen, ist nur ein gewisser Partan aus Driefen getreten; der spielt mit jeder seiner Landeskente den Mauerstreifer. Neuerdings ist man dazu übergegangen, die Arbeiten an auswärtige Unternehmer zu vergeben. So hat a. B. der Unternehmer Meck-laff die Bahnhofsarbeiten an der neuen Strecke Solmar-Bongrovis in Submission erstanden, und versucht nun, diese Arbeiten an Unternehmer aus Schneidmühl zu vergeben. Die Kollegen mögen sich dies merken und keine Arbeit nach hier annehmen, da diese als Streiarbeit in Betracht kommt und die Differenzen noch nicht beigelegt sind.

**Gau Bremen.** In Delmenhorst wurden, nachdem Montag, den 10. Juni, die Bauarbeiter in den Streik getreten waren, auch unsere Kollegen, 65 an der Zahl, in Mitleidenschaft gezogen. Welchen Umfang die Bewegung noch annehmen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

In W a r e n b r ü c k sind unsere Kollegen Dienstag, den 11. Juni, in den Streik getreten; sie fordern sechsstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 45 s. (bisher sechseinhalb- und elfstündige Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 40 s.). Am Mittwoch fand eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, die den Erfolg hatte, daß ein Unternehmer die Forderungen bewilligte; bei den übrigen Unternehmern wird weiter gestreift. Auch sie werden in Kürze gezwungen sein, die Forderungen anzuerkennen, um so mehr, da die Arbeit drängt. Die Kollegen sind alle abgereist, so daß nur einer zu unterführen ist.

In O l d e n b u r g fordern unsere Kollegen von den Unternehmern die neunzehnstündige Arbeitszeit und 60 s. Stundenlohn. Bis zum Donnerstag, den 13. Juni, war Antwort erbeten. Die Unternehmer haben denn auch unter obigem Datum, den drei Vorständen der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Mitteilung gegeben lassen, daß sie bereit sind, Donnerstag, den 20. Juni, über die Forderungen zu verhandeln. Der Streik vom vorigen Jahr hat also seine Wirkung nicht verfehlt, wiewohl die Unternehmer im vorigen Jahre doch jede Verhandlung zurück. Soffentlich kommt es in diesem Jahre ohne Kampf zu einer Einigung.

In M e l l e wollten die Unternehmer den letzten Trumpf gegen die Streikenden auspielen, indem sie in den Tagesblättern bekannt machen ließen, daß, wenn die Streikenden nicht bis Mittwoch, den 12. Juni, die Arbeit wieder aufgenommen hätten, sie ein Jahr von der Arbeit ausgeschlossen würden. Dieses hatte zur Folge, daß Sonntag, den 9. Juni, eine große Versammlung stattfand, um zu dem Akt der Unternehmer Stellung zu nehmen. Das Vorgehen der Unternehmer wurde scharf gerügt und schließlich eine Resolution angenommen, worin ausgedrückt war, daß die Arbeiter und Maurer überhaupt nicht wieder bei den Meller Unternehmern arbeiten wollten. Dieser Beschluß hatte zur Folge, daß die Unternehmer Montag, den 10. Juni, den Bauarbeitern die Mitteilung machten, daß sie bereit seien,

Phänomen einer volkstümlichen Baukunst, die auf die Architektur einer Rasse folgt, wie wir im Mittelalter sehen, ist übrigens nicht neu und zeigt sich in den anderen großen Epochen der Geschichte mit einer den menschlichen Einsichten entsprechenden Bewegung. So in dem Orient, dieser Wiege der Urzeit, nach der hinduistischen Architektur die phönizische Baukunst, diese reiche Mutter der arabischen Architektur; im Altertum nach der ägyptischen Baukunst die griechische Architektur; in den neueren Zeiten nach der römischen Architektur die gotische Baukunst. In den drei älteren Epochen, der hinduistischen, ägyptischen und römischen Architektur, findet man das nämliche Symbol wieder: die Theokratie, die Einheit, die Rasse, das Dogma, die Mythe, Gott; in den drei jüngeren Epochen, der phönizischen, griechischen und gotischen Baukunst: die Freiheit, das Volk, den Menschen.

Mag er sich Brahmine, Magus oder Papst nennen, so fählt man in den hinduistischen, ägyptischen und römischen Gebäuden immer den Priester, nichts als den Priester. Anders die volkstümlichen Architekturen: sie sind reicher und weniger heilig. In der phönizischen Baukunst fählt man den Kaufmann, in der griechischen den Republikaner, in der gotischen den Bürger.

Die allgemeinen Kennzeichen jeder theokratischen Architektur sind der Stillstand, der Abschuß vor jedem Fortschritt, die Erhaltung der Traditionen, das fortwährende Wiegen aller Form des Menschen und der Natur nach den unüberwindlichen Kanonen des Symbols. Es sind rätselhafteste Bücher, die bloß die Eingeweihten zu entsiffern vermögen. Jede Form, selbst jede Uniformität, hat einen Sturz, der sie heilig und unverletzlich macht. Der Stillstand ist ihr Leben, jede Veränderung eine Gottlosigkeit. Die theokratischen Gebäude sind von der Unbegreiflichkeit des Dogma, wie von einer zweiten Bestrafung, überzogen.

Die allgemeinen Kennzeichen der volkstümlichen Architektur dagegen sind Mannigfaltigkeit, Fortschritt, Originalität, Reich-

tum, unerschöpfliche Bewegung. Sie haben sich schon so weit von der Religion losgemacht, um auf ihre Schönheit bedacht zu sein, um ohne Unterlaß ihr Gewand von Statuen und Arabesken zu pflegen und zu verbessern. Sie gehören ihrer Zeit an, sie haben etwas Menschliches, das sie dem göttlichen Symbol beifügen, unter dessen Einfassung sie noch erscheinen. Daher jeder Seele, jeder Einheit, jeder Einbildungs-kraft zugängliche Gebäude, noch symbolisch zwar, aber leicht faßlich, wie die Natur. Zwischen der theokratischen und volkstümlichen Architektur ist ein Unterschied, wie zwischen einer heiligen und einer gemüthlichen Sprache, wie zwischen einer Stereotypie und dem Buchstaben.

Aus allem diesem ergibt sich, daß sich zum 15. Jahrhundert die Architektur des Hauptbuch der Menschheit war, daß in diesem Zeitraum kein irgend etwas vermitteltes Gedanke erschien, der sich nicht zum Gebäude erhob, daß jede volkstümliche Idee, wie jedes religiöse Gesetz, ihre Monumente hatte; daß endlich das menschliche Geschlecht nichts Wichtiges dachte, was es nicht in Stein geschrieben hätte. Und warum? — Weil jeder Gedanke, sei er religiös oder philosophisch, sich bewegen will, weil die Idee, die eine Generation in Bewegung gesetzt hat, noch auf fernere Geschlechter wirken und ihre Spur in der Geschichte zurücklassen will. Welche gedächtnis Unerschöpflichkeit ist aber ein Blatt Papier, ein Manuskript! Ein weit feineres und dauerhafteres Buch ist ein Gebäude. Das gedächtnis Wort zu vernichten, bedarf es bloß einer Fackel und eines fanatischen Aufsehmanns. Um das in Stein gebaute Wort niederzureißen, bedarf es einer Umwälzung des Sinnes oder der Natur. Die Barbaren sind aber das Kolossum? weggeschürften, die Sünden-fut hat vielleicht die Pyramiden überfüllt.

\* Amphitheater in Rom, eröffnet im Jahre 80 v. Chr., hat 85 000 Menschen Platz.

Zu 16. Jahrhundert ändert sich alles. Der menschliche Geist erbt ein Mittel, sich nicht nur dauerhafter als die Architektur, sondern auch einfacher und leichter zu bewegen. Die Architektur wird von ihrem Throne geworfen. Auf Drogen steinere Buchstaben folgen Gutenberg's Bleierne.

Der Buchstabe tölet den Stein!

Zu 16. Jahrhundert geht das Reich der Baukunst zu Ende. Von dem Augenblicke an, wo sie nur noch eine Kunst, wie jede andere, wo sie nicht mehr die Hauptkunst, die souveräne Kunst, die transzendente Kunst ist, hat sie nicht mehr die Kraft, die anderen Künfte in ihrem Dienste zurückzuhalten. Sie emanzipieren sich, brechen das Joch der Architektur, gehen ihren eigenen Weg. Jede von ihnen gewinnt bei dieser Trennung. Vereinzelt macht sie groß. Die Weisheit wird Bildhauerkunst, das Weltbewesen Malerei, der Canon Musik. Man konnte es ein Mittelreue nennen, das beim Tode seines Alexander's gerfällt und dessen Prodigien: sich zu Königreichen erheben! Daher Raphael, Michel Angelo, Jean Goujon, Valerino, diese glänzenden Gestirne am leuchtenden Himmel des 16. Jahrhunderts!

Nachdem die Sonne des Mittelalters untergegangen, das gotische Genie am Horizont der Kunst für immer erloschen ist, verschwindet allmählich die Architektur mit ihr. Das gebrauchte Buch zernagt, unterfrisst, frisst das Gebäude. Die Architektur wird immer hinfälliger und farbloser. Sie ist flechtlich, ärmlich, niedrig. Sie drückt nichts mehr aus, nicht einmal das Andenken der Kunst einer anderen Zeit. Auf sich selbst beschränkt, von den anderen Künften verlassen, weil der menschliche Gedanke sie aufgegeben hat, sammelt sie die Handwerker um sich, weil sie keine Künstler mehr hat. Aller Schwung, alle Originalität, alles Leben, alle Einsicht ist verschwunden. Wie eine jämmerliche Wetterlin, von Werfthätte zu Werfthätte, von Nachahmung zu Nachahmung, schleicht die Baukunst ihr elendes Leben dahin.

in eine Unterhandlung eingetreten. Diese findet Montag, den 17. Juni, statt.

**Gau Danzig.** In Stolp besteht die Aussperrung, die am 30. März dieses Jahres über unsere Kollegen verhängt wurde, weiter. Das Verhalten der Stolper Bauproben vor und während der Aussperrung zwingt uns, die Angelegenheit nochmals eingehend zu behandeln. Bevor die Unternehmer zur Aussperrung schritten, hatten sie mit uns verhandelt, wobei sie aber keine friedfertige Gesinnung an den Tag legten. Die probierenden Lebensarten der Unternehmer, die nur auf Unterdrückung der Organisation und Erschöpfung unserer Kasse gerichtet waren, mußten den größten Unwillen unserer Kollegen hervorrufen. Da zur Zeit der Verhandlungen keine gute Arbeitsgelegenheit war, und eine solche für den ganzen Sommer auch nicht in Aussicht stand, waren unsere Kollegen geneigt, obgleich sie den mit Ende März abzulaufenden Vertrag gefälligst hätten, zu den alten Bedingungen weiter zu arbeiten. Die Unternehmer wollten davon nichts wissen; sie ließen vielmehr den Zeitpunkt für gekommen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gehörig zu verschlechtern. Dazu hatten sie einen Vertrag ausgearbeitet und verlangten, daß die Maurer diesen eingeln unterschreiben sollten. Da diese Unterschrift verweigert wurde, erfolgte die Aussperrung.

Bereits am 3. April wurden unsererseits, mit Zustimmung einzelner Unternehmer, neue Verhandlungen eingeleitet, die dazu führten, daß am 4. April eine Sitzung mit den Vertretern der Unternehmerorganisation stattfand. An dieser Sitzung nahm seitens des Gauvorsitzandes Kollege Frisch teil. Wenn die vorausgegangenen Sitzungen immer stürmisch verlaufen waren, weil man sich gegenseitig nur Grobheiten an den Kopf warf und nicht den Ton zur Verständigung fand, so trat in dieser Sitzung das Gegenteil ein. Nachdem die Meinungen geklärt waren, konnte festgestellt werden, daß beide Parteien den bedingten Frieden wollten. Die Unternehmer waren bereit, einzelne Verschlechterungen zurückzustellen, und wir machten ebenfalls Zugeständnisse, somit konnte angenommen werden, daß in den nächsten Tagen der Friede wieder hergestellt sein würde. Bemerkte ich noch, daß als die Aussperrung erfolgt war, unsererseits die Forderungen Geltung hatten, die an die Unternehmer ursprünglich gestellt werden sollten. Nun wurden diese Forderungen, gemäß den gemachten Zugeständnissen an die Unternehmer, revidiert und dann die Unternehmer, zu Händen des Herrn Schriever, persönlich unterbreitet. Herr Schriever gab uns hierbei das Versprechen, dahin zu wirken, daß seine Kollegen die revidierten Forderungen annehmen. Bei dieser Gelegenheit sagte Herr Schriever zu unserem Kollegen Scheil (Scheil ist Bevollmächtigter): „Sehen Sie Herr Scheil, wenn unsererseits der Vertrag angenommen wird, und die im Vertrag vorgesehene Unterkommission der zu wählenden Schlichtungskommission in Funktion tritt, dann werden Sie und ich die Personen sein, denen das Amt übertragen wird. Wir haben dann eine sehr dankbare Aufgabe zu erfüllen. Wir können dann beide viel dazu beitragen, daß bestehende Differenzen zum Vorteil beider Parteien ihre Entscheidung finden. Auf jeden Fall werden wir noch gute Freunde werden.“ Nun lehnten aber die Unternehmer in ihrer Sitzung den von uns unterbreiteten Vertragsentwurf ab, und dies taten sie, trotz des uns von Herrn Schriever gemachten Versprechens. Welcher Standpunkt Herr Schriever in der fraglichen Sitzung eingenommen hat, wissen wir allerdings nicht, stellen aber fest, daß sein späteres Verhalten uns gegenüber nicht dazu angeht, um Gefühle der Freundschaft auszulösen. Die Unternehmer haben aber bemerkt, daß sie den Frieden überhaupt nicht wollen. Da sie aber gegenüber der Öffentlichkeit stets betonen, daß nicht sie, sondern die Maurer es sind, die zum großen Schaden der Bevölkerung von Stolp und Umgegend aus wichtigen Gründen den Kampf weiter führen, so bemühen wir uns, auch hier der Illge entgegenzutreten. Zu diesem Zweck wurde Ende April das Gewerbeblatt als Einigungsamt angewiesen. Die Unternehmer lehnten jedoch ab, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Die Gründe, weshalb sie ablehnten, tellen sie dem Gewerbeblatt schriftlich mit. Hier das Schriftstück:

Stolp i. Pom., den 3. Mai 1907.

An das Gewerbeblatt  
i. S. des Herrn Bürgermeister Frisch, hier.

Mitvorwissen  
i. Nr. 45 vom 29. April.

In der gestern Abend stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung der Arbeitgeber für das Baugewerbe wurde beschlossen, eine Unterhandlung mit den Arbeitnehmern nicht einzugehen. Es wird jetzt, nachdem sieben Verhandlungen schon stattgefunden haben, um Anerkennung unseres ergänzten Vertrages verlangt. Die Stimmung der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes war die, den Maurern größere Lohnsätze zu machen, und nur das bereite Einsehen meinerseits und einiger Mitglieder hat dieses verhindert.

Der Arbeitgeberverband  
für das Baugewerbe zu Stolp in Pommern.  
i. S. des Herrn Vorsitzenden,  
Otto Schriever, Vorsitzender.

Die Unternehmer mußten, also hier öffentlich zum Ausdruck bringen, daß infolge ihrer prozesshaften Verhaltens, und nicht durch die Schuld der Maurer, der Kampf weitergeführt wurde. Es scheint aber doch, als wenn sich hinter dem öffentlichen zur Schau getragenen Mut der Stolper Bauproben eine arge Velleumung und nervöse Unruhe bemerkbar macht. Das musterhafte Verhalten unserer Kollegen, diese sind bis auf sechs Mann abgereist, einer nur wurde bis jetzt zum Verzeihen, scheint der Gesellschaft doch einen biden Strich durch die Rechnung zu machen. Die abgereisten Kollegen haben sich verpflichtet, nicht eher nach Stolp zurückzukehren, bis der Hochmut der Unternehmer gebrochen sein wird. Und er wird gebrochen, dessen sind wir sicher. In welcher Kamalität sich die Unternehmer befinden, wie es ihnen auf den Nägeln brennt, und welche Hilfsmittel sie in der sich selbst geschaffenen

Lage anwenden, um die Maurer auf die Knie zu zwingen, allerdings nur darum, um sich die erkittene Schlappe etwas angenehmer zu machen, sei durch folgendes von ihnen in Umlauf gebrachtes Rundschreiben, das wir hier zum Ausdruck bringen, ersipien.

Stolp, den 16. Mai 1907.

Am den Vorstand des Konserbativen Vereins  
i. S. des Herrn Buchdruckerbesizers G. Fetsche, hier.  
Unterzeichneter Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Stolp gestattet sich mit gegenwärtigem, nachstehendes zur gefälligen Kenntnisnahme und eventuell weiteren Veranlassung zu unterbreiten. Bekanntlich befinden sich seit dem 4. April dieses Jahres die Maurergesellen von Stolp und Umgegend im Streit, welcher von ihrer sozialdemokratischen Zentralfstelle geleitet wird. Die von den Gesellen gestellten Forderungen waren für uns Arbeitgeber unannehmbar, und wurde schließlich nach sieben längeren, resultatlos verlaufenen Verhandlungen mit den Maurern von der Generalversammlung unseres Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stolp einstimmig beschlossen, unsere Maurergesellen sämtlich auszusperrn. Diese Tatsache dürfte auch zur Kenntnis des konserbativen Vereins beziehungsweise seiner Mitglieder gelangt sein, zumal von unserer Seite einige hundert diesbezügliche Schreiben an die Herren Besitzer und Industriellen usw. hiesiger Gegend zur Abwendung gelangten. Am nun den Kampf mit der sozialdemokratischen Organisation der Maurer erfolgreich zu führen, ist vor allem bringen notwendig, daß uns bei unseren Bestrebungen weitestgehende Unterstützung aller derer zur Seite steht, denen es endlich um die Erhaltung unserer bestehenden Staatsordnung zu tun ist. Es ist uns nun gelungen, zu erfahren, daß in hiesiger Umgegend auf verschiedenen Gütern usw. Stolper Maurergesellen beziehungsweise solche, die dem Zentralverbande, Zweigverein Stolp, der Maurer Deutschlands angehören und bei diesem Streit mitbeteiligt sind, dort eingestellt wurden, und sich nun in besser Arbeit befinden. Solche Leute nun, die anderweitig Arbeit finden, erhalten bekanntlich von der Streitleitung kein wünschenswertes Streitzgelt, müssen vielmehr zur Unterstützung der freilebenden Genossen weitere wünschentliche Beiträge leisten. Daß hierdurch ein Streik unnötig lange dauern muß, und daß es der größte Wunsch und Hauptfache bei einer Aussperrung oder einem Streik ist, daß diese Leute nirgends Arbeit finden könnten, muß jedem einleuchten. Wir möchten nun den Vorstand des konserbativen Vereins bitten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß die von Mitgliedern ihres Vereins eingestellten Maurergesellen (richtiger gesagt: Maurergesellen, die dem Zentralverbande, Zweigverein Stolp angehören; denn es gehören circa 100 Landgesellen auch zu diesem Verbande) sofort wieder entlassen werden und dann keine weiteren webersstellen. Es wird wahrscheinlich nun hiergegen von verschiedenen Bauherren der Einwand gemacht werden, daß sie derartige Leute nicht eingestellt haben, solche vielmehr von ihren Banunternehmern beschäftigt werden. Mag dieses auch in verschiedenen Fällen zutreffen, jedenfalls ist es aber ein leichtes, den betreffenden Unternehmer aufzufordern, sozial-revolutionär gesinnte Maurer sofort zu entlassen beziehungsweise solche auf ihren Bauten nicht zu dulden; denn wo ein Wille, ist auch ein Weg. Es braucht wohl kaum mehr angebeutet werden, daß durch diese Leute, welche anscheinend in Schaftelbieren einhergehen, innen aber reizbare Wölfe sind, die sozial-revolutionäre Bewegung auch auf das platte Land unserer Gegend geschleppt wird, und wir halten es als erste deutsche Staatsbürger für unsere Pflicht, hiergegen energisch einzuschreiten, um dies zu verhindern, der Arbeitgeberverband bringt umfomehr auf die Erfüllung dieser Pflichten, da seine sämtlichen Verbandmitglieder entwerder Mitglieder des konserbativen Vereins sind oder stille Anhänger. Es ist uns ferner zu bedenken, daß wenn hierorts die Maurer mit Forderungen durchkommen, sich die Herstellungskosten, auch der sämtlichen Bauten, demzufolge ganz beträchtlich erhöhen werden. Außerdem sehen alle anderen sozialdemokratischen Gewerkschaften mit Spannung auf den Ausgang dieser Aussperrung, um dann eventuell andere Zweige des Handwerks zu transpirieren. Zum Schluß bemerke ich noch, damit der Verband eine Ueberficht über die Landgesellen erhält und es herauskommt, mer von diesen Maurern im Zentralverbande ist, mögen die Herren Besitzer darauf bringen, daß die Banunternehmer sich unserem Verbands zwecks Unterdrückung dieser sozialrevolutionären Bestrebungen der Leute, anschließen.

Indem wir nochmals bitten, wenn irgend anging, hiervon Ihren Mitgliedern gefälligst Kenntnis geben zu wollen, sind wir auch bereit, die betreffenden Herren Besitzer beziehungsweise Ortschaften nachhaftig zu machen, wo angeführte Leute in Arbeit stehen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe zu Stolp.

Otto Schriever, Vorsitzender.

Die Herren Mitglieder des konserbativen Vereins bitte ich, im Sinne des vorstehenden Schriftstückes zu verfahren.  
Wittenbergen, 17. Mai 1907.

h. Vandener, Vorsitzender.

Durch unsere Darstellung der so ferbol von den Unternehmern herbeigeführten Aussperrung haben wir den Reschreibrief der Unternehmer bereits widerlegt. Auf alle Einzelheiten dieses Schreibens eingegangen, halten wir also nicht für notwendig, Bemerkten wollen wir aber, daß nach unserer Meinung Menschen, die ebenso handeln, wie es hier die Stolper Unternehmer tun, keinen Anspruch haben, als anständig betrachtet zu werden. Wir können den Herren in Stolp nur nochmal sagen, daß sie mit der von ihnen in diesem Kampfe gewählten Taktik ebenfalls Schiffbruch erleiden werden. Es bringen darüber die Stolper Maurer nicht zur Strecke. Es ist ein eiller Wahn, von den Bauern und den kleinen Unternehmern auf dem Lande zu verlangen, sie sollen die Stolper Maurer entlassen. Die

Entlassung ist gleichbedeutend damit, daß eben dann auf dem Lande die angefangene Arbeit liegen bleibt, und die Stolper Maurer ein Gau weitergehen, um Arbeit zu erhalten. Wissen denn die Stolper Unternehmer gar nicht, daß die Solidarität der Beschäftigten auch dann, wenn die Mitglieder vom Konserbativen Verein sind, nur bis an den Geldbeutel geht, und dann aufhört? Wir wollen zum Schluß nochmals sagen, daß alle ihre Anstrengungen gegen uns hochbornherin ins Wasser gefallen sind, und daß sie nicht ohne den Frieden, der auf Anerkennung unserer Rechte beruht, haben können, als bis sie den Standpunkt, uns niedergutreten, aufgeben.

**Gau Dresden.** Der Streik in Großenhain ist beendet. Der Stundenlohn, der voriges Jahr auf 32 A, in diesem Frühjahr auf 34 A stieg, beträgt vom 17. Juni d. J. bis 31. März 1908 36 A, vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 38 A und vom 1. April 1909 bis 31. März 1910 40 A. Für Ueberstunden werden 5 A mehr gezahlt. Ist der Vertrag am 31. Dezember 1909 von keiner Seite gefündigt, so läuft er ein Jahr weiter. In der Längegen wird noch durch einige Sperren nachgeholt werden müssen.

In Obernburg hat der Streik fort. Die Unternehmer fürchten sich vor der zehntägigen Arbeitszeit. Auch in diesem verschimmelten Winkel wird der frische Luftzug der Organisation Wandel schaffen.

**Gau Erfurt.** Der Streik in Erfurt hat noch keine Veränderung erfahren. Es haben zwar wieder Verhandlungen stattgefunden, die aber ebenso resultatlos verliefen wie die früheren. In einer Verammlung der Streikenden, die am 12. Juni stattfand, sollte man den Beschluß, falls die Unternehmer ihren Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit aufgeben, als Gegenleistung dafür einen Tarifabschluß bis zum 1. April 1910 zuzustimmen. Eine Verneuerung der Unternehmer dazu liegt noch nicht vor. Zu unterstützen waren am Schluß der vorigen Woche noch 407 Kollegen.

**Gau Hamburg.** In Schleswig hat eine ganze Anzahl unserer Kollegen wegen des Streiks der Bauarbeiter ausreisen müssen. Andere haben sich das Material nicht von den Beschäftigten zutragen lassen wollen, die Unternehmer als Ersatz für die freitrenden Stein- und Mörtelträger als Handlanger ausbeuten wollten. Alle haben in der Umgegend anderweitige Beschäftigung gefunden, zum Teil zu bedeutend höheren Löhnen als in Schleswig gezahlt werden. Die Unternehmer hatten geglaubt, die Maurer würden auf die Bauarbeiter einen Druck ausüben, um diese zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Nachdem dies nun anders gekommen ist, wollen sich die Unternehmer dadurch rächen, daß sie die anderweitig in Arbeit eingetretenen Maurer durch schwere Listen verfolgen. In der vorigen Woche hat eine Kolonne Italiener hier ihren Einzug gehalten. Die Gesellschaft ist von Königsgögen gekommen und wird hier nun an dem Bau einer Lederfabrik beschäftigt. Der Unternehmer hat es für notwendig gehalten, die Italiener durch eine außerordentlich hohe Umzäunung, womit das Waradenlager der eingewanderten Italiener versehen ist, von der Außenwelt abzusperren. Der Zweigvereinsvorstand hat dem Unternehmerverband mitgeteilt, daß sich die organisierten Maurer bei dem eigenartigen Vorgehen der Unternehmer nicht mehr an den Tarifvertrag gebunden fühlen. In einer am 12. Juni abgehaltenen Verammlung unseres Zweigvereins wurde beschlossen, nummehr den Streik zu erklären und neuheitsabhängige Arbeitszeit und 66 A Stundenlohn zu fordern.

In Noris fordern die Kollegen die Erhöhung des Lohnes von 45 auf 60 A, ferner einige Verbesserungen in bezug auf Baubuden, Wörkte usw.

In Uelzen ist in der vorigen Woche die Bauhilfsarbeiter die Arbeit ein, wodurch unsere Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die neugegründete Baugewerkschaft des Bauhilfsarbeiterverbandes reichte bei den Arbeitgeberinnen eine Lohnforderung ein. Bei dem Mangel an Arbeitskräften sahen sich die Unternehmer gezwungen, am Neubau des Seminars den mit den Ausschichtungsarbeiten beschäftigten Arbeitern 2 1/2 Lohnzuschlag pro Stunde zu zahlen. Nachdem die Eckarbeiten vollendet wurde dieser Lohnzuschlag wieder abgezogen. Das war dann der Grund der ArbeitsEinstellung. Es wurde nun eine allgemeine Lohnherhöhung gefordert. Diese Forderung wurde zunächst abgelehnt; es kam aber später zur Einigung, wodurch nummehr nicht allein der Lohn für Bauhilfsarbeiter um 2 1/2 pro Stunde gestiegen ist, sondern auch die Maurer eine gleiche Lohnzulage erhalten haben. Der Lohn für Bauhilfsarbeiter beträgt im Zweigverein Uelzen jetzt 40 A, für Maurer und Zimmerer 45 A pro Stunde.

In U. K. A. b. l. e. d. t. ist am 10. Juni nach siebenwöchigem Streik die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Unternehmer haben den Stundenlohn um 5 A erhöht und den eingereichten Tarif mit wenigen Änderungen anerkannt. Der neue Tarif hat Gültigkeit für ein Jahr. Der Streik in R. S. l. i. n. ist beendet. Es ist zu einem neuen Tarifabschluß gekommen. Der Tarif hat Gültigkeit vom 1. Juni 1907 bis zum 1. März 1909. Die Wiederaufnahme der Arbeit werden 48 A (bisher 45 A) pro Stunde bezahlt, vom 1. November an steigt dann der Stundenlohn auf 50 A. Außer dieser Lohnherhöhung ist die Arbeitsordnung bedeutend verbessert worden.

**Gau Hannover.** Die Sperte auf dem Kallwerk Vogelbeil bei Salabersleben, hat sich dadurch erledigt, daß die Maßregelung zurückgezogen wurde, und auch unsere Kollegen ihre besonderen Wünsche zurückgestellt haben. In Gexford wird der Streikbruch der Christlichen immer interessanter. Zufällig hatte unser Zweigvereinsvorsitzender den christlichen Bezirksleiter Hildebrandt aus Hannover getroffen. Als er ihn nun über die eigenartige christliche Nächstenliebe Vorhaltungen machte, erklärte Hildebrandt, daß die Befegung der von uns gespernten Bauten vom christlichen Verbandsvorstand in Berlin angeordnet sei, und wenn, wie wir in der letzten Nummer des „Grundstein“ berichteten, eine weitere Zufassung von Streikbrechern von jener Seite nicht mehr stattfinden sollte, er also im Stille gelassen werde, dann müsse auch er sich überlegen, ob es ratsam sei, sich jemals wieder in Gexford sehen zu lassen. In der Nummer 23 der „Baugewerkschaft“ spricht nun Hildebrandt den dringenden Wunsch aus, es möchten noch mehr „Christen“ nach Gexford



Stettin (281 176), Franz Wehner-Deitzig (39 086), Emil Schulz-Neustreit (91 026), Bernh. Schaub-Zinning (109 409), Chr. Brack-Giesnach (112 259), Richard Stender-Göser (289 882).

Mitgeschlossenen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Elbing: Julius Koszof (Verb.-Nr. 293 099); W. Lohheim: Karl Klein (282 225); W. O. Hum: Karl Wittig (424 768).

NB.: Die Namen vereinigt Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Düsseldorf: Gustav Junge, geb. am 6. Juli 1879 zu Peterswallbau (Verb.-Nr. 157 694); W. Arme: Joh. de Fries, geb. am 6. Oktober 1882 zu Hamm (244 892).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen. Der Vorstand.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorgänge findet man sofort an die Redaktion des Tagesorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Vernsdorf D.-R. Hier gelang es der Organisation im Jahre 1905, Fuß zu fassen. Der hiesige Unternehmer verlor nun mit allen erdenklichen Mitteln, dem verhassten Verband den Garaus zu machen, was ihm jedoch nicht ganz gelang. Als nun infolge der vorjährigen Lohnbewegung unser Lohn etwas gestiegen war, glaubten viele Kollegen, jetzt in einem Eldorado zu leben, und sagten dem Verband Wale. Als nun die diesjährige Lohnforderung eingereicht war, lud sich der Unternehmer seine Maurer, mit denen er Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln wollte, selbst ein. In dieser Versammlung bewährte sich wieder das alte Sprichwort: Mit Sped fängt man Maue. Es wurden die Maurer tüchtig mit Bier und Speckstücken regaliert, damit sie die unerhörte Forderung, 85 1/2 Stundenlohn und zehnjährige Arbeitszeit, fallen lassen. Da nun nach Ansicht des Unternehmers Müller die Maurer in Vernsdorf selbst nicht fähig sind, den Lohn und die Arbeitsbedingungen festzulegen, mußte der Herr Kantor mit Hand ans Werk legen. Es wurden nun die Arbeitsbedingungen nach dem Willen des Herrn Müller geregelt, womit sich auch die sogenannten Spedmaurer zufrieden gaben. Von den Kollegen, die dem Verband noch treu geblieben sind, fordern wir, nicht die Hände ins Nicht zu werfen, sondern noch einmal eine kräftige Agitation zu entfalten, damit es in den finsternen Köpfen der hiesigen Maurer etwas heller werde.

Bitterfeld. Am 4. Juni tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung im Restaurant „Goldengrün“. Besucht war sie leider schwach, obwohl es die erste Versammlung nach dem glücklichen Wendepunkt war. Da der erste Vorsitzende sein Amt niedergelegt hatte, wurde Kollege Wolfensteller als solcher gewählt. Darauf gab Kollege Wolfensteller Bericht vom Gewerkschaftsartikel. Dann entwickelte sich eine kleine Debatte über Aufnahme der Arbeit. In der letzten Sitzung, die die Lohnkommission mit den Unternehmern hatte, wurde beschlossen, daß die Unternehmer über alten Leute, die vor dem Streik bei ihnen in Arbeit standen, wieder einstellen sollten, ehe sie andere einstellen dürften. Dies ist auch von den größeren Unternehmern gehalten worden; nur einer, der Unternehmer Wiesner hat es nicht getan. Er hat den einen Kollegen dann später eingestellt, womit die Sache erledigt war. Dann wurden noch die Namen der Streikbrecher bekanntgegeben. Sieben geblieben waren sechs Poliere und zwei Gesellen; zu Streikbrechern geworden sind 17 Mann. Die Namen der betreffenden „Kollegen“ werden an anderer Stelle veröffentlicht werden. Wägen die Kollegen nun weiter so fest zur Organisation halten, wie sie es vor dem Streik getan haben. Da dies der erste Streik am Orte war, müge es ein Ansporn für die sein, die dem Verband noch fernbleiben; denn wir haben bewiesen, daß nur Einigkeit zum Ziele führt.

Diesfel. Eine Mitglieder-Versammlung des Zweigvereins Diesfel tagte Sonntag, den 2. Juni, im Gewerkschaftslokal in Kattowitz. Die Tagesordnung wies fünf Punkte auf. Der Kollege Proste gab einen Bericht über die gegenwärtige Situation. Der Zweigverein bestche jetzt ein halbes Jahr und zähle 120 Mitglieder. Es werde zu wenig Agitation im Bezirk Diesfel betrieben. Es sei notwendig, einen Hilfsfänger zu wählen. Als solcher wurde Kollege Paul Heim gewählt. Kollege Gahrtsen regte an, daß mehrere Kollegen agitatorisch tätig sein sollten; für die Gaysagitation solle eine Entschädigung von 25 1/2 gezahlt werden. Kollege Hanke wurde als Kassierer für den Zweigverein einstimmig gewählt. Ueber die Lokalfrage sprach sich Kollege Franke aus. Das Versammlungslokal, das wir errungen hatten, ist uns wieder abgetrieben worden. Einige Kollegen haben sich in letzter Zeit wenig um den Saalhofstätt gekümmert. Dieses wurde eine Rüge erteilt. Die Kollegen verbarren aber auf dem Standpunkt, ihre Großen da zu verziehen, wo es ihnen beliebt. Sie wollten sich in dieser Frage keine Lehre erteilen lassen. Von mehreren Kollegen wurde diese Ansicht lebhaft kritisiert. Hoffentlich sind die betreffenden Wohltäter eines Besseren belehrt worden. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung und dankte den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen. Jeder Kollege möge ein Agitator sein. Hoffentlich ist die nächste Versammlung ebenso zahlreich besucht wie diese.

Gengenbach. Am 9. Juni tagte in Zell a. S. eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung in der Kollege

Heller über die wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe referierte. Im Anschluß an das Referat wurde der Zweigvereinsvorstand von der Versammlung beauftragt, im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsrat bald Lohnforderungen aufzustellen und sie den Unternehmern zu unterbreiten. Weiter ist die Verbandsleitung beauftragt zu versuchen, auf friedlichem Wege das Arbeitsverhältnis tariflich zu regeln.

Gera. Der hiesige Zweigverein hielt am Dienstag seine Mitglieder-Versammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Anna Rippel in der üblichen Weise gelehrt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung der Ausgeworfenen, ging ein Antrag ein, wonach die Unterstützung vom ersten Tage an gezahlt werden soll. Verschiedene Kollegen befragten den Antrag. Es wurde folgender Antrag angenommen: „Alle Kollegen, die an der Ausperrung beteiligt waren, erhalten für die ersten drei Tage 1/2 aus der Lokalfasse.“ Hierauf gab der Vorsitzende den Vertrag bekannt, der zwischen dem Vertreter der Arbeiter, Koch-Kapitz, Brod-Galle und Neue-Deitzig, abgeschlossen worden ist. Es ist dies kein Vertrag, sondern ein Scheinvertrag, der die Kollegen viel hilft oder helfen wird. Der Kollege Koch-Deitzig hatte kaum im Gera angekommen, nichts Eigeneres zu tun, als gleich die Unternehmern wieder anzulehnen. Nun, wir haben durch die Ausperrung wieder eine gute Lehre erhalten. Mehrere Redner meinten, wenn wir wieder vor einer Lohnbewegung stünden, sollten Koch und Jakob aus Leipzig nicht wieder nach Gera kommen. Die Zukunft werde es lehren, daß der neue Vertrag um weiter nichts bringt als Aufzinsen. Koch-Deitzig hatte natürlich jedem Kollegen vorgemacht, er habe 45 1/2 Stundenlohn zu beanspruchen. Kollege Schepard macht darauf aufmerksam, daß in dem neuen Vertrag nichts davon geschrieben steht. Es heißt nur, die 1904 festgelegten Stundenlöhne für Gesellen werden vom 25. Mai 1907 ab um 3 1/2 erhöht, vom 1. April 1908 ab um einen weiteren Pfennig und vom 1. April 1909 bis 1910 nochmals um einen weiteren Pfennig. 1904 sei der Vertrag so gemacht worden, daß vier Fünftel der beschäftigten Maurer 42 1/2 erhalten sollten; trotzdem sei dieses manchmal nicht geschehen. Jetzt habe Koch die Scheibung gemacht und den Vertrag verlängert; nur daß eine Lohnhöhung um 3 1/2 eingetretet sei. Wer erst 33 1/2 Stundenlohn hatte, könne jetzt darauf rechnen, daß er nicht mehr als 41 1/2 Stundenlohn bekomme, trotz der Versprechungen Kochs. Die Arbeitszeit betrage wöchentlich 85 1/2 Stunden. Kollege Mottag äußerte sich im selben Sinne und meinte, daß wohl mehr hätte herausgeholt werden können, da die Situation für uns sehr gut war. Uebrigens habe Koch den Vertrag mit unterschrieben und die Scheibung gemacht, ohne unsere Zustimmung. Der Vertrag müßte, wir nun wohl annehmen, was aber nachkommen werde, sei schon im Voraus zu sehen.

Gagen. (Berichtigung.) In dem vorigen Bericht ist die Firma Wölfe & Blatte als gesperrt bezeichnet worden. Das beruht auf einem Irrtum; die Firma ist nicht gesperrt. Eine andere Firma ist als Wölfe bezeichnet worden; sie heißt richtig Wölfe.

Geilbrom. Unsere Lohnbewegung ist wieder friedlich vorübergegangen. Am 29. Mai fanden die Unterhandlungen statt. Der Stundenlohn eines tüchtigen Maurers betrug jetzt 44 bis 46 1/2. Gefordert wurde diesmal eine Lohnhöhung von 46 auf 52 1/2, sowie die achtstägige Lohnzahlung. Letztere Forderung wurde aber wieder fallen gelassen, da die Unternehmer bestimmt erklärten, vorläufig auf die achtstägige Lohnzahlung nicht eingehen zu können, und wenn wir darauf beharren würden, könnten sie überhaupt nicht in Unterhandlung mit uns eintreten. Auch den Lohnzuschlag, den uns die Unternehmer in Gnade gewähren wollten, hatten sie schon höchst eigenmächtig festgesetzt. Aber unsere Vertreter ließen sich nicht so ohne weiteres abspießen und erklärten undweg, daß es unmöglich wäre, in Unterhandlung zu treten, wenn die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren würden, da die Kollegen nicht geneigt seien, sich mit dem Angebot, zufrieden zu geben. Endlich nach langer Debatte kam es zu der Vereinbarung, die bereits in Nr. 23 des „Grundstein“ bekannt gegeben worden ist. Von Wichtigkeit ist noch die erreichte Abschaffung der Akkordarbeit. Diese Vereinbarungen wurden in der am gleichen Abend abgehaltenen Versammlung, die von 180 Kollegen besucht war, mit großer Mehrheit angenommen. Nur 17 Kollegen waren dagegen. In der Diskussion zeigte sich, daß tatsächlich tüchtige Maurer bis jetzt zu einem niedrigeren als dem vereinbarten Lohnsatz gearbeitet hatten. Es muß unbedingt Aufgabe dieser Kollegen sein, darauf hinzuwirken, daß sie den Lohnsatz als tüchtige Maurer erhalten. Dadurch, daß sich die Kollegen nicht gegen ihre geringe Lohnzahlung wehren, stempeln sie sich ja selbst zu minderwertigen Arbeitern. Das liegt aber nur daran, daß die meisten hiesigen Kollegen immer noch sehr interesselos sind; denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß der Versammlungsbesuch kaum acht Tage nach der Lohnbewegung schon wieder so viel zu wünschen übrig läßt. Wenn das so fort gehen sollte, dann kann es wieder vorkommen, daß es den Kollegen erst vier Wochen vor Ablauf des Vertrages einfallt, daß sie eigentlich nicht tarifmäßig bezahlt worden seien. Wenn natürlich den Kollegen alles andere lieber ist, als die Besammlungen zu besuchen, so ist es kein Wunder, wenn sie so gleichgültig gegen ihre eigenen Interessen werden. Nur muß man dann der Verwaltung nicht immer alles in die Schuhe schieben wollen.

Gerne-Redinghausen. Eine im Mai aufgenommene Bauentziffer hat folgendes Ergebnis: Bei 89 Unternehmern waren auf 128 Bauten 129 Poliere, 1592 Gesellen, 1135 Bauhilfsarbeiter und 208 Lehrlinge beschäftigt. Das Organisationsverhältnis ist folgendes: Poliere: 8 Zentralverband, 208 Einzelvereine; Bauhilfsarbeiter: 11 Zentralverband, 883 christlich und 656 unorganisierte. Die tarifmäßige Arbeitszeit wurde auf 5 Bauten nicht innegehalten. Beschäftigt waren auf diesen Bauten 4 Mitglieder unserer Organisation, 38 christliche und 13 unorganisierte. Aus diesen Zahlen ist

zu ersehen, daß die christliche Organisation nicht vermag, ihre Mitglieder zur Zuneigung des Vertrages zu erziehen, trotzdem sie sich immer als Vertragswächter ausspielt und uns als Vertragsfeinde bezeichnet.

Fulda. Sonntag, den 2. Juni, fand hier eine öffentliche Bauhandwerker-Versammlung statt, zu der Kollege Koch aus München als Referent und Vertreter des Gewerkschaftsvereins war. In einem zweieinhalbstündigen Vortrage behandelte er die Frage: Welche Aufgaben haben wir in der Zukunft zu erfüllen? Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf wurde auf Veranlassung des Kollegen Hof. Birger eine Zehnstellige Bauhandwerker-Gesellschaft gegründet. Gewählt wurden Josef Birger als erster Vorsitzender und Wilhelm Romerberger als erster Kassierer. Der Zweigverein besteht jetzt aus 40 Mitgliedern, deren Zahl täglich wächst.

Gum. Am 4. Juni tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des hiesigen Zweigvereins. Nach Regelung der Kassenegelegenheit wurde vom Vorsitzenden der Bericht über die Kartellbildung vom 3. Juni erstattet. Das Kartell hatte beschlossen, am nächsten Sonntag eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaften und des politischen Vereins stattfinden zu lassen, die darüber beschließen sollte, wie sich der Versammlungsbesuch aufbessern lasse. Jede Gewerkschaft solle zwei Delegierte dazu entsenden. Von unserer Seite wurden die Kollegen Senjelin und Gustav Peters gewählt. Sodann ist vom Kartell beschlossen worden, dieses Jahr wiederum beim Magistrat zu beantragen, die Abhaltung eines Gewerkschaftsfestes zu genehmigen. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß der neue Lohnvertrag im Druck erschienen ist. Als Mitglied des Schiedsgericht zur Regelung von Streitigkeiten wegen des Lohnsatzes wurde der Kollege Gustav Peters ernannt. Weiter wurde gerügt, daß die Baudelegierten an einzelnen Bauten nicht ihre Aufgabe voll erfüllen. Auf Antrag des Magistrats werden die mit ihren Beiträgen rückständigen Kollegen in Briefform an ihre Pflichten erinnert werden. In „Berichtsbereich“ wurde beschlossen, am 30. Juni, Abends 8 1/2 Uhr, die Feier des neunten Stiftungsfestes des hiesigen Zweigvereins in Dreifens Gasthof in der Wasserreihe zu geben. Als Redner wurde der Genosse Günning eventuell Paul Müller bestimmt. Es wurde ein fünfjähriges Festkomitee gewählt, das die Vorbereitungen zu dieser Feier zu erledigen hat. Sodann kam noch der Entlassungsbescheid des Kollegen D. zur Sprache. Dieser ist bei der Firma Mirau & Wibling aufgehoben, weil er sich nicht selbst handlungswillig. Vom Unternehmer Mirau ist ihm dann ein Fremdbetrag ausgeschrieben worden, der die Veremung trägt, ohne Grund aus der Arbeit getreten. Daraufhin hat der Kollege einige Tage seine Arbeit bekommen können. Die Versammlung war der Ansicht, daß dies auf keinen Fall so durchgehen kann. Der Zweigvereinsvorstand wurde beauftragt, weitere Schritte in dieser Sache vorzunehmen.

Jahnd. In Nr. 23 des „Grundstein“ wird in dem Berliner Versammlungsbericht (Sektion der Gips- und Zementbranche) gesagt, daß dem Kollegen Gern. Engel-Jahnd infolge seines unpolitischen Verhaltens eine Rüge erteilt worden sei. Ich teile hierdurch mit, daß Engel überhaupt nicht in Jahnd, sondern in Hammer bei Jahnd wohnt, und auch nicht dem Zweigverein Jahnd, sondern dem Zweigverein Hammer bei Jahnd angehört. Die Sache wäre für mich weniger von Bedeutung, wenn nicht erfahrungsgemäß fast immer die Säulen von Mitgliedern der umliegenden Zweigvereine auf das Konto des Zweigvereins Jahnd kämen. Paul Steinför.

Randsberg. Am 25. November v. J. beschlossen die Maurer und Zimmerer in stark besuchten Mitglieder-Versammlungen, ihren bis zum 31. Mai 1907 gültigen Arbeitsvertrag zu kündigen, worauf die Kündigung den Unternehmern am 29. November zugestellt wurde. Darauf verlangten die Unternehmer die Zahlung der neuen Forderungen. Da nun die neuen Forderungen längst vor dem Kündigungsstermin in gemeinschaftlichen Sitzungen beider Gruppen, auch im Beisein des Vorstandes der Bauhilfsarbeiter und der Kollegen Silbermann, Knüpper und Reimthaler, sehr eingehend durchberaten worden, wurde den Unternehmern die Hauptforderung, neunmonatliche Arbeitszeit und 60 1/2 Stundenlohn, am 6. Februar v. J. eingelebt. Darauf fand am 1. März eine Verhandlung statt. Nach viereinhalbstündiger Verhandlung wurde ein zweijähriger Vertrag, bis 31. Mai 1909, mit einem Stundenlohn von 46 1/2 in erster und 48 1/2 im zweiten Jahre bei neunmonatlicher Arbeitszeit vereinbart. Am Schluß der Verhandlung verbrachten beide Kommissionen, in ihren Versammlungen dahin zu wirken, daß das Vereinbarte angenommen werde. In der Unternehmerversammlung wurde das Vereinbarte abgelehnt (natürlich nach der Tagung in Götin), was uns in einem Schreiben mitgeteilt wurde. Bei diesem Schreiben befand sich auch ein von den Unternehmern nun aufgestellter Tarif. Es boten einen zweijährigen Vertrag, im ersten Jahre 44 1/2, im zweiten Jahre 45 1/2 Stundenlohn, als Ablaufstermin war der 31. März festgesetzt worden. In einer stark besuchten Mitglieder-Versammlung der Maurer und der Zimmerer wurden die Kommissionvereinbarungen einstimmig angenommen, während der neue Vertragsentwurf der Unternehmer mit übereinstimmender Entschiedenheit abgelehnt wurde, was den Unternehmern mitgeteilt wurde. Hierauf ging uns am 10. Mai wieder ein Vertragsentwurf zu, der folgendermaßen lautete: Einjähriger Vertrag, also bis zum 31. März 1908, mit sofort 45 1/2 Stundenlohn, zehnjähriger Arbeitszeit, oder dreijähriger Vertrag mit einem Stundenlohn im ersten Jahre von 45 1/2 und in den nächsten beiden Jahren von 46 1/2, natürlich bis zum 31. März 1910, bis zu dem hoffnungsvollen Erfüllungstermin der geschiedenen Unternehmern von den Arbeiterorganisationen. Die dem Entwurf innenig Beachtung schenkend, ersuchten wir die Unternehmer um eine mündliche Verhandlung. Darauf fand am 5. Juni eine Verhandlung statt. Die Bauhilfsarbeiter, deren Vertrag ebenfalls am 31. Mai abließ, hatten auch ihre neuaufgestellten Forderungen den Unternehmern eingelebt und um Verhandlung nachgesucht. Diesen antworteten die Unternehmer, daß sie den alten Vertrag auf ein weiteres Jahr verlängern wollten. Darüber wußte entrüstet, legten die Bauhilfsarbeiter am 31. Mai die Arbeit nieder trotz energischem Vorhaben der Vorsitzenden der Maurer und der Gauleiter Knüpper und Richter in den gemeinschaftlichen Sitzungen am 30. und 31. Mai. Mit großer Mühe gelang es, die Zimmerer einmütig, die Maurer mit wenigen Ausnahmen zu bewegen, die Arbeit am 1. Juni fortzusetzen; jedoch konnten die meisten von den Maurern nicht

arbeiten, weil die Bauhilfsarbeiter fehlen. In der Verhandlung am 5. Juni bekräftigen die Unternehmer auf ihrem Standpunkt: dreijährigen Vertrag, zehnjährige Arbeitszeit und 45 % im ersten, 46 % im zweiten und dritten Jahre; dieses Angebot wurde mit Zustimmung in den Versammlungen der Maurer und Zimmerer wieder einstimmig abgelehnt und die Kommissionen beauftragt, auf schnellstem Wege nochmals eine Verhandlung anzubahnen. Diese fand am 8. Juni statt. Vereinzelt wurde dreijähriger Vertrag bis 31. März 1910, bei zehnjähriger Arbeitszeit im ersten Jahre 45 %, im zweiten Jahre 46 % und im dritten Jahre 48 % Stundenlohn. Auf Drängen der Zimmerer und Maurer im Beisein Silberhändlers und Knüppers fand im Anschluss an unsere Verhandlung eine solche mit den Bauarbeitern im Beisein Kennhalters statt. In den Mitgliederversammlungen aller drei Berufe wurde das Vereinarbe angenommen, worauf Dienstag, 11. Juni, auf der ganzen Linie die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Somit hat die Lohnbewegung auf drei Jahre hier ihren Abschluss gefunden.

**Landshut.** Am 28. Mai tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung, zu der Kollege Wolf aus München als Referent erschienen war. Die Versammlung nahm Stellung gegen eine Kolonne Münchener Maurer, die zur Zeit der Differenzen wiederholt in Landshut erschienen und bei Niederster, dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes in Landshut, und der bei jeder Unterhandlung eine große Rolle spielte, in Arbeit traten, obgleich die Münchener Kollegen wußten, daß die Firma Niederster zu meiden sei. Die Landshuter Kollegen forderten den Kolonnenführer auf, in den nächsten Tagen aus dieser Gegend zu verschwinden und in jeder Beziehung sich solidarisch zu erklären, falls die Firma bis zum 1. Juni den vorgelegten Tarif nicht unterschreibt. Die genannte Firma wurde schon längere Zeit von den organisierten Kollegen in Landshut gemieden, was zur Folge hatte, daß schon mehrere Bauten eine gewisse Zeit vollständig still standen. Diese Bauten sollten jetzt auf Betreiben des Referenten, der ein guter Freund des Kolonnenführers sein soll, von den Münchener Kollegen ausgeführt werden. Die Firma Niederster mußte für die angenommenen Kollegen pro Stunde 60 ¢ zahlen, während nach dem Tarif nur 45 ¢ zu zahlen sind. Das zeigt so recht das Problem der Unternehmer in Landshut. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der letzte Streik nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben wurde. Es wurde beschlossen, über die Firma Niederster die Sperre zu verhängen. Auch den Kollegen Wolf und Harl wurde von den Landshuter Kollegen wegen der stiefmütterlichen Behandlung unseres Zweigvereins eine sehr ernste Rüge erteilt. Bezug nach hier ist bis auf weiteres streng fernzuhalten.

**Neumünster.** Der hiesige Zweigverein hielt am 4. Mai seine regelmäßige Versammlung ab. Nachher die Maurer Engel und Wähle sich bereit erklärt hatten, 10 Busse zu bezahlen, wurden sie aufgenommen. Die Abrechnung wurde genehmigt. Das vom Ratel zu errichtende Arbeitersekretariat wurde abgelehnt, weil es für den hiesigen Ort noch verfrüht ist. Dann wurde von der Lohnkommission der Bericht über die Verhandlungen mit den Meißener Kollegen. Es hatten auf einem Neubau der Firma Roth einige Kollegen die Arbeit niedergelegt, weil sie nicht mit unorganisierten zusammen arbeiten wollten. In diesem Punkte kam es zu einer heftigen Debatte und ein Hagel von Vorwürfen ging auf den Vorstand nieder. Es wurden vom Vorstand aber entscheidend zurückgewiesen; hatte er ja doch nur seine ihm von der vorhergehenden Versammlung aufgegebene Arbeit erledigt. Es wurde dem Vorstand von der Versammlung ein Vertrauensvotum ausgestellt. Hierauf folgte der sehr gut besuchte Versammlung.

**Niederhausen.** Es ist schon allbekannt, daß wir zum zweiten Male von den Wirten auf das Straßenpflaster gesetzt worden sind; aber damit schmelzen die Herren Wirte von Niederhausen unseren Zweigverein nicht um. Nun werden die Kollegen dringend ersucht, nicht in den Lokalen zu betreten, wo wir hinausgeschickt worden sind. Unterhüt ist in jeder Weise den Vorstand des Zweigvereins und die Hilfskassier der Zahlstellen. Allen zu- und abtreuenden Kollegen möchten wir empfehlen, sich bei dem Kassierer, Kollegen Heinrich Garb, Hauptstraße 94, zu melden. Und nun, Kollegen, auf zur eifrigen Arbeit, damit unser Zweigverein weiter blühe und gedeihe!

**Osnabrück.** Sonntag, den 2. Juni, tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Kollege Köhler wies darauf hin, daß wenn die Interessiertheit so weiter gehe wie bisher, daß von annähernd 200 Mitgliedern höchstens 20 bis 30 zur Versammlung erscheinen, wie wenn es zu Differenzen kommen sollte, mit unserer Organisation nicht viel ausgerichtet könnten. Hoffentlich genügt diese Ermahnung, um den Kollegen hier am Orte klar zu machen, welches Interesse der Organisation entgegengebracht werden muß. Als stellvertretender Kassierer und Revisor wurde Kollege Winkel gewählt. Hierzu teilte uns der Vorsitzende mit, daß drei Kollegen am 1. Mai Vormittags gefeuert hätten und Nachmittags wieder zur Arbeitsstätte gelaufen seien; sie seien vom Vorstand mit 4 2/3 Strafe bestraft und die Mannarte aus dem Verbandsbuch gelöscht worden. Die Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden. Es wurde dann beschlossen, die beiden Kollegen, die im Einverständnis mit ihren Kollegen beschlossen, den 1. Mai zu feiern und doch zur Arbeitsstätte liefen, aber vom Unternehmer nicht ausgesperrt wurden, so wie die beiden ersten zu behandeln. Hierauf ergriff Kollege Silberhändler das Wort und legte den Kollegen die Bedeutung des 1. Mai klar.

**Flauen.** Mittwoch, den 5. Juni, tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Ausperrungen und Streiks im Baubetriebe und was lehren sie uns?“ referierte Kollege Schürich. Er kam zunächst auf die Organisationen der Unternehmer zu sprechen und bewies, daß sie auf diesem Gebiete noch tüchtig zu tun haben, da von 48 000 Bauunternehmern in Deutschland nur 16 000 organisiert sind. Weiter schilderte Redner Ausperrungen zu Stande kommen und welcher Mittel, schwarze Listen usw., sich die Unternehmer bedienen, um es den ausgesperrten Kollegen fast zur Unmöglichkeit zu machen, ihr Dasein zu fristen. Während die Unternehmer ungehindert Verursachungen begehen können, genügt bei den

Arbeitern schon die Andeutung dazu, um den Staatsanwalt auf die Beine zu bringen. An einigen Beispielen zeigte Kollege Schürich, in welcher unerhörten Weise die Polizeibehörde in den Kampf eingegriffen. Weiter behandelte Kollege Schürich den Kampf in Berlin und betonte zum Schluß, daß in Zukunft unsere Organisation so ausgebaut werden muß, daß es nicht mehr vorkommen kann, daß bei Ausbruch des Streiks eine Anzahl Kollegen Streibredendienste verrichten. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung beschäftigten sich die Kollegen mit dem Antwortschreiben der Unternehmer. Am 23. Mai hatte Kollege Schürich Antwort erhalten. In diesem Schreiben stand geschrieben, der Arbeitgeberverband beschloß, da auf Grund einer Umfrage bei den Unternehmern und Arbeitern der größte Teil derselben sich für die Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeit ausgesprochen hat, die jetzt bestehende Arbeitszeit beizubehalten. Kollege Schürich unterzog dieses Schreiben einer gründlichen Kritik und sagte, daß der Moment zur zwingenden Durchführung dieser Forderung noch nicht gekommen sei. Ein Antrag, der einen Tarif und einen Minimallohn von 45 ¢ forderte, wurde abgelehnt und folgender, vom Kollegen Schürich gestellt, Resolution angenommen: „Am 5. Juni im Gewerkschaftshaus „Schillerpark“ tagende, vom circa 500 Kollegen besuchte Versammlung erklärt, daß die Antwort des Arbeitgeberverbandes nicht zur Befriedigung ist, daß sie im Gegenteil die reinste Verhöhnung der Arbeiterschaft bedeutet, um so mehr, als in dem Schreiben gesagt wird, die Mehrzahl der Arbeiter hätte sich für Beibehaltung der derzeitigen Arbeitszeit entschieden, wofür man allerdings Beweise nicht erbringt. Mit Rücksicht darauf, daß sich zur Zeit in der Umgebung von Flauen schwere Kämpfe abspielen, ist die Verarmung der Ansicht, daß an eine sofortige zwingende Durchführung der Forderung nicht gedacht werden kann. Die Versammlung beauftragt daher die Agitationskommission, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und zu geeigneter Zeit für die Durchführung unserer Forderung Sorge zu tragen. Um aber der Öffentlichkeit zu zeigen, in welcher Weise seitens einiger Unternehmer die von dem Verbande beschlossene Umfrage durchgeführt wurde, wird die Agitationskommission beauftragt, sofort Material zu sammeln und dasselbe zu veröffentlichen. In Erwägung aber, daß zur Durchführung unserer Forderung eine starke, gut disziplinierte Organisation notwendig ist, verpflichtet sich die Versammlung, rasch für den weiteren Ausbau der Organisation sowie für Durchführung des Baudelegiertenhinses Sorge zu tragen.“ Unter „Gewerkschaftliches“ schritt man zur Wahl eines Revisors. Da nun Fülle in der letzten Maurerversammlung den Ausdruck tat, er betrete das Gewerkschaftshaus nie mehr, so mußten ihm die Vertreter, die er innerhalb der Organisation inne hatte, aberkannt werden, so auch das Amt eines Revisors, weshalb an dessen Stelle der Kollege Gerhild gewählt wurde. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit einer Angelegenheit einiger Hallenser Kollegen, die zeigt, in welcher niederträchtiger Art und Weise die in der hiesigen Zahlstelle bestehenden Beschlüsse umgangen werden. Bekanntlich streifen die Kollegen in Halle um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und zugleich um Abschaffung der Affordarbeit; das geniert aber vier Hallenser Kollegen nicht, sofort nach Flauen zu reisen und hier bei Baumeister Hauptmann in Afford zu pöbeln für einen Lohn, der den derzeitigen Verhältnissen gar nicht entspricht, und dabei besteht hier ein Beschluß, daß Affordpöbeln verboten ist; nur in ganz außerordentlichen Fällen ist es mit Einwilligung des Vertrauensmannes erlaubt, wenn Gefahr vorhanden ist, daß die organisierten Kollegen bei Verweigerung des Affords durch Indifferente ersetzt werden. Die Hallenser Kollegen ließen auch dann von der Verwerflichkeit ihrer Handlungswiese nicht ab, als einige Flauenser Kollegen sie ausdrücklich auf das Verbot des Affordpöbelns aufmerksam machten. Schließlich gelangte ein Antrag einstimmig zur Annahme, daß, wenn die vier Kollegen bis Donnerstag Mittag die Affordarbeit nicht einstellen, sie sofort aus der Organisation ausgeschlossen werden. Nach einem Schlußwort des Kollegen Schürich erfolgte der Beschluß der Versammlung.

NB. Die Kollegen, die aus Streiforten abreisen, bitten wir, Flauen zu meiden, da hier gegenwärtig eine ziemliche Arbeitslosigkeit herrscht.

**Schleuditz.** Eine öffentliche Maurerversammlung tagte am 2. Juni in Osmünde zwecks Gründung einer Zahlstelle für Osmünde und Umgebung. Kollege Franz Göhrde aus Schleuditz referierte in kurzen Worten über den Zweck und die Verwaltung einer Zahlstelle. Mehrere Kollegen sprachen noch in diesem Sinne. Es wurde zur Wahl des Vorstandes geschrieben. Per Stimmzettel wurden gewählt: Franz Sander als erster Vorsitzender, Hermann Keller als erster Kassierer. Die Kollegen wurden ersucht, die Verbandsbeiträge bis 1. Juli mit Schleuditz zu regeln. Kollegen! Seid nicht so laui im Verbandsbuch, wie es bis jetzt in Schleuditz gewesen ist. Denn es ist teuer, wenn der Vorstand mit 85 von 335 Mitgliedern beraten muß. Wir wollen in den Versammlungen bekunden, daß wir auch heute noch tüchtige Kollegen sind. Wir wollen alles gut beraten, und dann werden wir auch zum Ziele kommen.

**Sebitz.** Dienstag, den 4. Juni, tagte hier eine gut besuchte Maurerversammlung. Kollege Rießler-Dresden erläuterte in ausgezeichneter Weise, weshalb wir die Affordarbeit bekämpfen. Im Laufe der regen Debatte, die bewies, daß es ein Bedürfnis war, sich über diesen Punkt einmal klar zu werden, wurde vom Kollegen Grohmann beantragt, die Affordarbeit für Sebitz und Umgebung zu verbieten. Es wurde demgemäß beschlossen. Die Erhöhung des Lokalaufschlages von 5 auf 10 ¢ wurde nach erregter Debatte mit 48 gegen 29 von 75 abgegebenen Stimmen leiser abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit konnte es Kollege Wiebe nicht über Herz bringen, die Verwaltung in der gemeinsamen Weise zu verabschieden. Ein weiterer Antrag, Erhöhung des Kolportagebeitrages von 25 auf 40 ¢, wurde infolge der Ablehnung des ersten Antrages mit 42 gegen 28 von 68 abgegebenen Stimmen angenommen. Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Antrag, daß Maurer, die in Blumenfabriken arbeiten, denselben Beitrag zu zahlen haben wie die, die im Berufe arbeiten. In der Frage des Lokalbeitrages der Einsteiler Kollegen, Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Osterreids, konnte keine Einigung erzielt werden. Es wurde den Kol-

legen 14 Tage Zeit gewährt, um ihnen Gelegenheit zu geben, die Sache noch einmal in ihrer Versammlung zu besprechen. Hierauf wurden die Kollegen Hermann Rasche, Hermann Scholze, Anton Wenzel und Clemens Otto wieder aufgenommen, nachdem sie sich zur Zahlung einer Dase in die Lokalfasse verpflichtet hatten. Zum Hilfskassierer für Sebitz wurde Kollege Emil Dentschke einstimmig gewählt.

**Senftenberg.** Die infolge der Berliner Bewegung hier in Arbeit stehenden Kollegen finden sich jeden Freitag im Konradshagen Lokale zur Besprechung der gegenwärtigen Lage ein. Als Korrespondent ist der Kollege Gornung gewählt worden. Die Kollegen haben sich durchsichtlich gut in die hiesigen Verhältnisse eingelebt. Der Zweigverein (Senftenberg) hat als Vertreter den zweiten Vorsitzenden, Kollegen W. Scherner, delegiert, der an unseren Sitzungen teilnimmt.

**Sttau.** Dienstag, den 4. Juni, tagte hier im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte Baubauunternehmerversammlung. Bauleiter Bösch von den Zimmerern referierte über: „Die Forderung der baugewerblichen Arbeiter nach mehr Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit“. Der Referent entlegte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise, und es ist zu hoffen, daß die Berufskollegen ihr ganzes Augenmerk auf die Ausgestaltung des Bauarbeiterschutzes richten. Zur besseren Kontrolle wurde eine Bauarbeiterschutzkommission gewählt, und es steht zu erwarten, daß auch in dieser Beziehung in unserem Bezirk endlich einmal bessere Zustände eintreten. Unsere Organisation hat auch in diesem Jahre wieder ganz erfreuliche Fortschritte gemacht. Angeführt durch unsere vorjährigen Sieg, haben sich die Kollegen überall gegen die Agitation beteiligt, und selbst in Orten wie Seichensdorf, wo der Organisationsgedanke nur schwer Fuß fassen konnte, ist es mächtig vorwärts gegangen. Unter Zweigvereine hat gegenwärtig 928 Mitglieder. Es sind im ganzen Bezirk nur noch 40 bis 50 unorganisierte vorhanden, und es steht zu erwarten, daß, wenn die Kollegen allertorts ihre Pflicht tun, auch diese wenigen noch für uns zu gewinnen sein werden. Natürlich ist auch dann noch nicht alles getan, sondern nun heißt es, den Organisationsgedanken unausrottbar in jeden einzelnen Kollegen zu befestigen; jeder einzelne muß nicht nur seine Beiträge zahlen, sondern auch die Organisation in jeder Beziehung fördern helfen. Nur dann werden wir uns vor den Machtgünstigen unserer Unternehmer schützen können.

**Fliesenleger.**

Die Sektionen der Fliesenleger für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk hielten Sonntag, den 2. Juni, im Lokale des Herrn Hollenberg zu Mühlheim a. d. Ruhr eine gemeinschaftliche Versammlung ab. Betreten waren die Städte: Bochum, Essen, Mülheim; Duisburg, Glin, Gelsenkirchen und Wanne. Außer den erschienenen Vertretern genannter Städte waren noch eingeladen: Serne und Dortmund, die keinen Vertreter entsandten.

Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht der Agitationskommission. (Referent: Kollege Joh. Eckhardt) 2. Die Beschlüsse des Verbandesstages bezüglich der Fliesenleger. (Referent: Kollege Rübbring.) 3. Tarifverträge. (Referent: Kollege Weise.) 4. Bericht über den längerer Ausführung gab der Kollege Eckhardt den Tätigkeitsbericht der Agitationskommission. Dieser besteht aus den Kollegen Joh. Eckhardt, Aug. Wolf und Hubert Abel. Redner führte unter anderem aus, wie schwer es gehalten habe, in Bochum die christlichen Kollegen herauszugeben, um geschlossen gegen den Tarifbruch der Bochumer Unternehmer vorgehen zu können. Ferner schilderte er den Verlauf der Sperre über A. Nibel & Cie. in Castrup. Auch da seien uns die christlichen Kollegen in den Rücken gefallen, jedoch habe die Firma jetzt den bestehenden Arbeitsvertrag für das Flattengewerbe im rheinisch-westfälischen Industriegebiet für sich als rechtsverbindlich anerkannt. Desgleichen gebachte er der Kollegen, die ohne Auslagen in Geissen und auf der Zeche Rheinpreußen gearbeitet haben. Es wurde dabei festgelegt, daß die Kollegen Blümer und Esnowski kurze Zeit nach unserer Aufforderung die Arbeit dort einstellen, somit gegen diese beiden Kollegen nicht nachteiliges mehr vorliegt. Weiter bemerkt Redner, daß das Arbeitsfeld der Agitationskommission sehr umfangreich sei. Zur Dedung der Unkosten für die Agitation müsse an den Gewerkschaftsverband herangetragen werden, damit dieser die Mittel bewillige, um dann die Arbeit intensiver vornehmen zu können. Nach den Ausführungen des Kollegen Eckhardt entwickelte sich eine sehr sachliche Diskussion. Es berührte eben Kollegen recht angenehm, zu hören, welche guter Geist unter den organisierten Fliesenlegern der Sektionen im Ruhrgebiet herrscht.

Es wurde dann vorgeschlagen, häufiger eine derartige Distriktsversammlung abzuhalten und den Bericht jedesmal im „Grundstein“ zu veröffentlichen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Der zweite Punkt der Tagesordnung mußte leider ausfallen, da der Referent nicht erschienen war und auch seinen Ersatz gestellt hatte. Die Versammlung rihte dieses und sprach die Erwartung aus, daß der Gewerkschaftsverband dafür Sorge, daß derartige in Zukunft nicht mehr vorkommen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Weise aus Bochum in recht verständlicher Weise über die Entstehung und den Wert der Tarifverträge. Auch nach dieses Redners Ausführungen folgte eine interessante Debatte. Es wurden unter anderem Fälle angeführt, wo auswärtige Firmen in unserem Tarifgebiete Arbeiten ausführen, ohne unseren Kollegen, die im Tarifgebiete wohnen, Auslagen zu bezahlen. Um hierin eine Regelung zu schaffen, fand folgende Resolution Annahme: „Die heutige kombinierte Versammlung der Fliesenleger-Sektionen des Ruhrgebietes beurteilt das Handeln einzelner Kollegen, die ohne Zulage unter Tarif gearbeitet haben. Sie erklärt sich mit den Ausführungen mehrerer Kollegen einverstanden, daß auswärtige Unternehmer, die im Vertragsgebiete Arbeiten ausführen, auch den örtlichen Tarif einzubahlen haben. Die Fliesenleger des Tarifgebietes haben darauf zu achten, daß dieses streng durchgeführt wird. Falls Unternehmer aus Tariforten, wo ein besserer Tarif besteht, im hiesigen Bezirk Arbeit ausführen, wird zu den in diesen Städten maßgebenden Tarifen gearbeitet.“

„In Verchiedenes“ wurde lebhaft darüber Klage geführt, wie einzelne Unternehmer darauf ausgingen, unsere Kollegen um die Auslagen zu bringen. Es z. B. der rühmlichst bekannte Schrammader Kolben in Duisburg. Dieser Herr glaubt berechtigt zu sein, weil in unserem Kreis der Passus enthalten ist, Sonnabends wird eine Stunde früher Feierabend gemacht, für diese Stunde auch die Auslagen proportional berechnet zu dürfen. Jedemfalls werden unsere Kollegen es verstehen, diesen Organisationszweck eines Besseren zu belehren. Eine Größe in Oberhausen, Peter Horn ist sein Name, hat eine Filiale in Hamborn errichtet. Diese Filiale bildet ein Wirtshaus. Inhaber der Filiale ist der Wirt. Von diesem sollen auch unsere Kollegen gelohnt werden, was, nebenbei bemerkt, im privaten Leben nicht gestattet sein soll. Die Beger werden von Horn zu dem Wirt geschickt mit der Motivierung, in Oberhausen habe ich keine Arbeit, gehen Sie zu meiner Filiale in Hamborn. Hat der Beger den Müden gelehrt, so ist auch schon das Telefon in Bewegung gesetzt und der Wirt bekommt telefonisch die nötigen Informationen. Wir sehen, den Unternehmern ist das erdärmlichste Mittel nicht zu schlecht, um die Existenz ihrer Arbeiter zu vernichten. Auch dieser Fall sollte dazu dienen, sich immer fester an die Organisation zu setzen, um dann als ein geschlossenes Ganzes diesem elenden Treiben der Unternehmer entgegenzutreten zu können. Weiter wurde die Frage ventiliert, ob man nicht dazu übergehen sollte, einen Zentralarbeitsnachweis zu errichten. Man hielt dieses für angebracht. Der Zentralarbeitsnachweis wurde dem Kollegen Hans Gintler in Essen-West, Telefon Nr. 3405, in die Hände gegeben. Die einzelnen Sektionen sollen dem Kollegen Gintler die Namen ihrer Wohnung angeben, und die Unternehmer sollen in Kenntnis gesetzt werden. Alsdann wurde vorgeschlagen, falls fremde Kollegen in eine Stadt zugereist kommen, sollen sie sich zuerst nach den Vorstandsmitgliedern erkundigen, um dort die Situation zu erfahren. Alsdann möchte die Versammlung dem Gauleiter Mutz in Köln den Vorwurf, daß er in Crefeld nicht mit dem nötigen Eifer gearbeitet hätte, was es notwendig war, um dort eine Sektion der Pflehenleger zu gründen. Man habe jetzt zu berechnen, daß die freie Vereinigung dort festen Fuß gefaßt habe, nachdem von der Seite nur einmal ersichtlich gearbeitet wurde. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, die nächste Distriktsversammlung in Essen abzuhalten. Alsdann unterbreitete Kollege Eckardt den Vorschlag, ob man die Agitation nicht durch den Gauvorstand vornehmen lassen sollte. Die Versammlung erklärte sich damit nicht einverstanden, weil es dann vollkommen käme, daß derartige Fälle, wie jetzt in Crefeld, mehr zu berechnen wären. Die Agitationskommission bleibt somit bestehen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten geregelt und der Vorstehende Kollege Eckardt den Wunsch ausgesprochen hatte, die Kollegen möchten fleißig zu weiterem Interesse der Pflehenlegerbewegung arbeiten, wie es die Versammlung heute an den Tag gelegt habe, wurde die Konferenz gegen 4 Uhr nachmittags geschlossen.

### Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

### Rechnungs-Abschluß für das 1. Quartal 1907. (Januar, Februar, März.)

Einnahme.	
Barer Bestand für den Anfang des Jahres 1907	M. 47088,35
Zinsen von belegten Kapitalen	1939,50
Eintrittsgelder	1069,-
Beiträge in der 1. Klasse	M. 104777,20
„ „ 2. „	111178,50
„ „ 3. „	6148,45
„ „ 4. „	1230,75
Ergänztuer	52,50
	223384,40
Erfahleistungen von Berufsgenossenschaften und Unternehmern	3074,67
Zurückgezogene Kapitalen	20700,-
Sonstige Einnahmen: für Verwaltung der Krankenkasse, Quittungsbücher, Strafgebühren	1338,20
Summe der Einnahmen	M. 484882,12
Ausgabe.	
Für ärztliche Behandlung	M. 32814,20
Für Arznei und sonstige Heilmittel	27168,11
Krankengeld:	
a) an Mitglieder, der 1. Klasse	M. 96471,-
„ „ 2. „	95769,-
„ „ 3. „	9401,50
„ „ 4. „	628,-
	202269,50
b) an Angehörige	5448,41
Stempelgebühren für Mitglieder der 1. Klasse	3600,-
„ „ 2. „	3450,-
„ „ 3. „	90,-
	7140,-
Aus- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten	20634,83
Zurückgezogene Beiträge und Eintrittsgelder	74,45
Für Kapitalanlagen	115000,-
Verwaltungsausgaben:	
a) persönliche	M. 17116,50
b) sachliche	5221,94
	22338,44
Sonstige Ausgaben: an die Norddeutsche Bau- gewerkschafts-Versicherungsgesellschaft zurückgezahlt	102,-
Summe der Ausgaben	M. 482990,94
Abstufung.	
Summe der Einnahmen	M. 484882,12
Summe der Ausgaben	482990,94
Barer Bestand am 31. März 1907	M. 51891,18

### Vermögensausweis.

Barer Bestand am 31. März 1907	M. 51891,18
Belegte Kapitalien	690671,35
Demnach betrug das Gesamtvermögen am 31. März 1907	M. 742562,53
Am Schlusse des Vorjahres, also am 31. Dezember 1906, betrug dasselbe	829757,70
Demnach am Schlusse des 1. Quartals 1907 ein Weniger von	M. 87195,17

Am Schlusse des 1. Quartals zählte die Kasse 311 örtliche Verwaltungsstellen und 33271 Mitglieder.

### Karl Reiff, Hauptkassierer.

Vorstehender Rechnungsabschluß ist von uns revidiert, mit den Kassensibillern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kaservermögen ist uns vorgelegt resp. nachgewiesen.

### Für den Aufsicht:

G. Müggenburg, G. Wöhner, M. Sack.

In der Woche vom 9. bis 15. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hildorf M. 500, Velburg 300, Nürnberg 300, Düsseldorf 200, Wessendorf 200, Stockelsdorf 150, Strausberg 150, Granitz 100, Frieled 100, Eilenburg 70, Duisburg 50. Summa M. 2120.

Zufüsse erhielten: Mannheim M. 150, Perwenitz 100, Wesselsleben 100, Oberau 100, Scherstein 100, Marborn 50, Niederbreisig 50. Summa M. 650.

Aktiva, den 15. Juni 1907.

Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

### Vom Bau.

#### Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Untertönt nie, von Unfällen, Voreinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen schriftlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Annaberg. In einem Bau des Herrn Tallwitz, Verleger vom „Annaberger Wochenblatt“, stürzten infolge ungenügender Abstützung zwei Gewölbe und eine Decke ein und begruben sämtliche Arbeiter. Ein Glück, daß keiner den Unfall mit dem Tode bezahlen mußte. Drei Mann mußten ausgegraben werden; zwei Arbeiter von der Druckererei stürzten ebenfalls ab. Auf Verlegung des Herrn Tallwitz mußte eine Mauer abgetragen werden, obgleich dies gegen den Willen des Herrn Maurermeisters Goh war. Auf dieser Mauer lagen die Träger, woran die Transmiffion befestigt war. Die Absteifung war derartig, daß die Stiefeln vom Arbeiter bis in die erste Etage reichten und ohne jede Verankerung blieben. Oben standen Maschinen und ein Ofen und unten mußten die Maschinen laufen. Daß bei einer derartigen Bauausführung ein Unglück nicht ausbleiben konnte, ist wohl jedem vernünftigen denkenden Menschen klar. Wird sich nun das „Anstalt“ betreiben und auch wirtlichen Bauarbeiterhülfe unter Mitkontrolle von Arbeitnehmern fordern? Wir wollen es abwarten. Von den Verunglückten mußte einer nach Hause gefahren werden.

Berlin. Ein schwerer Unglücksfall, der gleichzeitig die Strupplosigkeit des ausverkauften Unternehmertums und die Humanität der — sagen wir Arbeitswilligen — drastisch beleuchtet, ereignete sich am 8. Juni auf dem von der Firma Gels & Franke in der Brüderstraße aufzuführenden Neubau. Es sind an genanntem Bau vier der nützlichsten Elemente beschäftigt. Selbstverständlich fungieren diese jetzt als „Polierer“. Für diese Herren mußten zwei 16 jährige Lehrlinge Material herbeibringen. Als sich diese durch die Schwere der Lasten die Schultern wund getragen hatten, wurden sie an den Aufzug gestellt und mußten nacheinander die Lasten hochwinden. Solange die Hemmvorrichtung eingestellt war, führten die beiden Jungen unter größter Anstrengung die für sie viel zu schwere Arbeit aus. Am 8. Juni, kurz vor 12 Uhr Mittags, gab ihnen ein Monteur den Rat, die Hemmvorrichtung abzustellen, da sie doch unnütz die Arbeit erschwere. Kaum war dies geschehen, so verloren die beiden jungen Leute die Gewalt über die Winde und mit rasender Geschwindigkeit kam die Last von oben herab. Durch die dadurch verursachte schnelle Umdrehung plakte das eiserne Zahnrad und ein Stück davon traf den Lehrling Böber derartig an der Seite, daß er schwer verletzt umfiel. Da sich niemand anderes um den Verunglückten kümmerte, blieb dem zweiten Lehrling nicht anderes übrig, als seinen Kollegen nach der nächsten Unfallstation zu schleppen, von wo aus seine sofortige Ueberführung nach der Klinik am Marienauer 2 per Droßke angeordnet wurde. Den Transport leistete auch hierbei der unverletzte Lehrling Böser. Da sich die Baulitung auch im weiteren nichts kümmerte, übernahm der junge Mann es noch, den Eltern des Schwerverletzten am Abend die traurige Nachricht zu überbringen.

Essen a. d. Ruhr. Am 10. Juni stürzte auf dem Kruppwerke in der neunten Maschinenwerkstätte ein Zementarbeiter (Staliener) aus einer Höhe von 25 m herunter und gab kurz darauf seinen Geist auf. Die Staliener sind in dieser schwindelnden Höhe beim Verputzen der Decke beschäftigt. Die Gerüststangen sind mit Draht oben an den Trägern befestigt. Der eine Drahtstrang hatte sich gelockert, und so ging ein Teil des Gerüstes mit dem Berunglückten in die Tiefe. Einige andere Arbeiter konnten sich noch oben festklammern, bis es gelang, sie aus ihrer gefährlichen Lage zu befreien. — Vor kurzer Zeit sind noch zwei größere Unfälle im Kruppischen Bauwerk passiert. Beim Steinerichten standen acht Kollegen übereinander auf der Leiter, die nicht in genügendem Abstande gewesen zu sein scheint, denn sie brach unter dieser Last zusammen. Resultat: zwei schwer, vier leicht verletzt. — Beim Abbruch eines Schloßens stürzte dieser zusammen. Zwei tote und ein Schwerverletzter wurden unter den Krümmern herabgezogen. Es kämpft sich jedem das Geiz zusammen, wenn man sieht, wie hier mit Menschen-

leben gespielt wird. Es sollte sich doch bei den leitenden Personen solcher Arbeiten ein größeres Verantwortlichkeitsgefühl durchringen. Da aber solche Leute sich in den meisten Fällen nur von dem Gefühl leiten lassen, nur recht rasch mit der Arbeit fertig zu werden, werden alle Schutzbestimmungen außer acht gelassen. Kollegen! Hier ist Gehilfen am Platze. Ihr müßt mahnend verlangen, daß bessere Schutzmaßregeln getroffen werden. Dieses kann aber der einzelne nicht erreichen, deshalb müssen wir uns alle zusammenschließen, müssen unsere Organisation stärken; denn nur dann ist uns die Gewähr geboten, daß wir bessere Schutzbestimmungen erhalten.

Freiberg i. S. Am 8. Juni stürzte am Neubau des Unternehmers Fritz Eumrich eine tischartige Arbeiterin 7 m tief bis in den Keller und riß ein Fenstergebäude mit in die Tiefe. Besinnungslos und schwerverletzt wurde sie ins städtische Krankenhaus geschafft. Während der Bau abgedeckt gewesen, konnte das Unglück nicht passieren.

Siechen. Am 6. Juni stürzte an der neubauten Klinik eine sogenannte Patent-Wandende ein. In dem Raume, wo die Decke zusammenstürzte, waren fünf Puderbeschäftigte, die durch herunterfallenden Mörtel auf die Erde, die sich an der Decke zeigten, auf die Gefahr aufmerksam gemacht wurden. Sie erkannten sich rasch aus dem Raume und warnten auch die italienischen Zementarbeiter, die auf der Decke beschäftigt waren, so daß sich diese auch retten konnten. Kaum hatten sie die Räume verlassen, so stürzte die Decke ein. Die Urjade des Zusammenstürzes, ob festes Material verarbeitet worden ist, oder ob sie zu arg beschwert wurde, ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Logau. Donnerstag, den 6. Juni, nachmittags gleich nach 4½ Uhr, verunglückte unser Kollege August Schulz aus Kutzkau am Neubau des hiesigen Elektrizitätswerkes. Er stürzte von einem einbändigen Aufzugstuhl ca. 8 m in die Tiefe, wobei er sich schwere Erschütterungen am Rücken zugezogen hat, an deren Folgen er noch krank darniederliegt.

Göttingen. Am 6. Juni, Morgens 6½ Uhr, ereignete sich auf dem Neubau der Reichsbank ein Unglücksfall, indem der Maurerpolier Karl Kreis aus einer Höhe von 6 m hinunterstürzte. Kreis wollte zwei Bretter, die sich verschoben hatten, abgeben, wobei das eine Brett kippte. Er erlitt einige schwere Kopfverletzungen und einen Beinbruch; er wurde sofort nach der Klinik gebracht. Waren die Träger abgedeckt gewesen, so hätte das Unglück nicht passieren können. — Mehr Bauarbeiterhülfe!

Somburg b. d. S. In der Unfallmeldung in Nr. 23 des „Grundstein“ ist fälschlicherweise zu bemerken, daß nicht die Firma David, sondern die Firma Gabriel A. G. in Essen aus Mainz die betreffenden Arbeiten ausführt. (Wir bitten dringend darum, bei derartigen Berichten sorgfältiger zu verfahren. R. Red.)

Rein e. Sonnabend, den 8. Juni, stürzten vom Gerüst eines Neubaus des Kaufmanns Gerold zwei Maurer ab. Während der eine ziemlich gut davontam, stürzte der andere auf einen eisernen Kasten und zog sich eine schwere Kopfwunde zu.

Submissionen. Die Submission auf die Ausführung der Fundierungs- und Mauerarbeiten für den Neubau der Kaiserbrücke in Breslau ergab folgendes Resultat: 1. F. Engert (Breslau) M. 805 881,90, 2. Lafat-Gienbelon-Ges. (Breslau) M. 877 847,25, 3. Hoffmann, Mt.-Ges. (Frankfurt a. M.) M. 880 887,50, 4. Spridauer (Hattoloburg) M. 908 008,50, 5. Gebr. Witt (Breslau) M. 917 552, 6. Gintler (Breslau) M. 919 664, 7. W. Bruch & Co. (Berlin) M. 942 974,80, 8. Jfaat (Breslau) M. 956 847,60, 9. Matz (Berlin) M. 969 569,50, 10. M. Schneider (Berlin) M. 987 976,90, 11. G. Härtel (Breslau) M. 1 004 163,10, 12. Wöbbs (Berlin) M. 1 035 665,10, 13. Pfeif & Co. (Breslau) M. 1 066 201,50, 14. Gebr. Huber (Breslau) M. 1 072 694,45, 15. Brandt (Breslau) M. 1 083 121,95, 16. Liebold & Co. (Holsimben) M. 1 087 422,20, 17. Niedermeyer & Göge (Stettin) M. 1 151 757, 18. Reichelt & Co. (Grünberg in Schlesien) M. 1 324 426,50. Der Unterchied zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Angebot beträgt demnach nicht weniger als M. 1158 593,60 und zwar bei einem Objekt von durchschnittlich M. 5 000 000. Das ist wieder einmal eine recht nette Submissionsblüte.

Für die Arbeiten der neu zu errichtenden Bahnstrecke Wilmberg-Wülken verlangte der Höchstfordernde M. 901 669, während der Mindestfordernde diese Arbeiten für nur M. 589 398 ausführen wollte.

### Aus Unternehmerkreisen.

Neuer Unternehmerverband. In einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes für das rheinisch-westfälische Maler- und Anstreichergerwerbe wurde mitgeteilt, daß Mitte Juli in Köln eine Tagung stattfinden werde, auf welcher über die Gründung eines allgemeinen über ganz Deutschland sich erstreckenden Arbeitgeberverbandes für das Maler- und Anstreichergerwerbe Beschluß herbeigeführt werden soll. Mit anderen Gewerkschaften im Bauwesen sollen Verträge über die gegenseitige Unterstützung abgeschlossen werden.

### Aus anderen Berufen.

#### Generalversammlungen.

Der Töpferverband tagte in der Woche vor Pfingsten in Berlin. Vornehmlich handelte es sich bei den Verhandlungen um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Da aber wegen der verschiedenen Interessen der Werkstätten- und Ofenarbeiter die Einführung dieses Unterstützungsbezweiges zur Zeit nicht möglich ist, wurde ein Antrag auf Einführung abgelehnt; man rechnet darauf, daß die in die Wege geleitete Verhinderung der Verbände der Glasarbeiter und der Porzellanarbeiter bald vor sich gehen werde und dann möglicherweise auch seitens der Töpfer der Anschluß perfekt werde. Von den Beschlüssen des Verbandstages sind die folgenden erwähnenswert: Die Beiträge, die zwischen 85 und 85 s. pro Woche betragen, wurden um je 5 s. erhöht. Arbeitslose Mitglieder sind für die Folge befreit, bisher mußten sie 15 s. pro Woche zahlen. — An den Unterstützungsbeiträgen werden Änderungen nicht vorgenommen. Falls der Verband in

große Kämpfe verwickelt werden sollte, soll der Vorstand ermächtigt sein, die Beiträge um das Doppelte zu erhöhen. Der Frage, Sanktionen anzuwenden, soll auf dem nächsten Vorstandstage näher getreten werden; jetzt fehlt für die Zweckmäßigkeit einer solchen Anweisung noch jede Grundlage. (8) An den von der Generalkommission eingerichteten Unterrichtsreisen sollen jährlich bis fünf Mitglieder teilnehmen. Die nächste Generalversammlung soll in drei Jahren stattfinden; sollte sich jedoch die Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiter vollziehen, dann soll sie 1909 abgehalten werden.

Die Metallarbeiter tagten in München. Ueber die Mitgliederbewegung und Finanzlage haben wir bereits in Nr. 18 berichtet. Interessant in dem Bericht des Vorstandes sind die Aufzeichnungen über die stützenden Lohnbewegungen; deren fanden 1510 statt; an denen 189 277 Mitglieder beteiligt waren; ohne Arbeitsvermittlung besaßen mehr als die Hälfte der Lohnbewegungen, und zwar 55 pSt. Erreicht wurde allein im Jahre 1906 eine Arbeitsvermittlung für 70 350 Mitglieder, Lohn-erhöhung für 24 000, Tarifabschlüsse für 45 000, Regelung der Arbeitszeit für 35 272, Befestigung von Mißständen für 22 000, Zuschläge für Heberarbeit für 74 000, für Nacht- und Sonntagsarbeit für 61 000 und sonstige Verbesserungen für 32 000 beteiligte Arbeiter. Dazu kommt noch die Abwehr von Verschlechterungen für Tausende von Arbeitern. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß neben den vielen Angriffen und Abschweifungen die Zahl der Ausperrungen eine nicht geringe ist, und zwar hatten 23 221 Arbeiter die Folgen der Ausperrungsmittel der Unternehmer des Metallindustriellenverbandes an ihrem Leibe zu spüren. Aber nichts, selbst die Durchziehung der traktierten Maßnahmen, vermochte den Metallarbeiterverband lahm zu legen; trotzdem ist er gezwungen, zum großen Leidwesen des Unternehmens der Metallindustrie. Von den Beschlüssen der Generalversammlung seien nachstehend die wichtigsten hervorgehoben. Die Verschmelzung des Schmiedeverbandes sowie des Allgemeinen Metallarbeiterverbandes mit dem heutigen Metallarbeiterverband kam nicht zu Stande, obgleich die Nachteile des Getrenntseins besonders bei Lohnbewegungen nicht verkannt wurden. Die Verschmelzungsfrage soll aber dem Vorstand zur Erörterung überwiesen werden. Dem Verbandsorgan soll für die Folge eine Zeitschrift in polnischer Sprache beigegeben werden; eine lange Diskussion fand statt über die von einzelnen Fachstellen beantragte Klassifizierung der Beiträge, wie solche in unserer Organisation besteht. Mit Rücksicht auf die dem Verbandsbesitzenden großen Kämpfe, die eine Stärkung der Klasse als eine dringliche Notwendigkeit voraussetzen, wurden diese Anträge bekämpft, und schließlich auch abgelehnt mit 116 gegen 84 Stimmen. Die große Zahl von Beschlüssen von Staffelleistungen läßt erkennen, daß deren Einführung nur noch eine Frage der Zeit ist. Diejenige Einbindung konnte sich die Generalversammlung auch nicht beschließen, denn sie wählte eine fünfgliedrige Kommission, welche in Gemeinschaft mit dem Vorstande eine Vorlage für die Klassifizierung der Beiträge auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorzulegen hat. Der Beitrag für männliche Mitglieder, der bisher 50 s betrug, wird auf 60 s pro Woche, der Beitrag für jugendliche und weibliche Mitglieder wird auf 25 s festgesetzt. In allen Fällen, in denen Mitglieder von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder sonstigen Notfällen befreit werden, sind sie von den Beiträgen befreit. Invaliden Mitgliedern kann die Leistung des 25 s-Beitrages gestattet werden. Die Bewilligung von Unterstützungen in Fällen der Notlage, Minderleistung und Rechtschutz soll von jetzt ab von den Bezirksleitungen, anstatt wie bisher vom Hauptvorstande, vorgenommen werden dürfen. In bezug auf die Höhe der diversen Unterstützungen, wie Arbeitslosen-, Krankunterstützung usw., werden keine Änderungen vorgenommen. Auch die Streikunterstützung bleibt in ihrer bisherigen Höhe bestehen. Bezüglich der Delegation zu den Generalversammlungen wird beschlossen, daß auf je 2000 Mitglieder ein Delegierter entfällt; um den Orten mit geringer Mitgliederzahl eine Vertretung zu geben, werden die Größenklassen von Orten mit bis 100, 250, 500 und 1000 Mitgliedern gebildet und so viele zusammengelagert, daß die Zahl von 2000 herauskommt. Eine Änderung erfordern auch die Beamtengehälter. Das Gehalt des Vorsitzenden wurde auf 4 200, das des Kassierers, des Redakteurs und des Sekretärs auf je 3 500 festgesetzt. Das Anfangsgehalt der Bureauarbeiten wird auf 1 980, steigend um 60 pro Jahreshöhe, bis zu 2 800, festgesetzt. Dieser Gehaltsatz wird auch den Beamten in den Verwaltungsstellen gezahlt, soweit in besonderen Fällen nicht schon ein höheres Gehalt gezahlt wird. Ueber die Taktik bei Streiks und bei Lohnbewegungen wurde in geheimer Sitzung verhandelt; abgelehnt worden ist, die Entscheidung der Streiks den Bezirksleitern zu überlassen; nach wie vor hat hierüber lediglich der Vorstand zu entscheiden. Beschlüsse wurden dann noch, die Beitragsausstößer gegen Anfall zu verhängen. Es sollen 12 pro Mille der Beiträge zur Unterstützung aller Verbandsfunktionäre bei Anlässen zurückgelegt werden und steht jedem Beamten der Beitritt zu dieser Versicherung gegen Zahlung von 2 pSt. seines Gehaltes frei. Bei der Wahl des Vorstandes wurden die bisherigen Funktionäre wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung soll in Hamburg stattfinden.

Die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter tagten in Berlin. Dem Vorstandsbereich entnehmen wir, daß der Verband in 257 Verwaltungsstellen Ende 1906 81 781 Mitglieder zählte. Gegenwärtig ist die Zahl von 100 000 bereits überschritten. Der Organismus steht noch ein großes Gebiet offen, es geht nur langsam, aber stetig vorwärts. Kürzlich haben sich dem Verbands der Verein der Berliner Hausdiener und in Hamburg der Verein der Arbeiter vom öffentlichen Fußwehen angeschlossen. Der Anschluß weiterer Organisationen dürfte demnächst folgen, und nur noch eine Frage der Zeit wird es sein, daß die Verbände der Eisenbahner, der Gasarbeiter und Seelenleute sich mit dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter verbinden, um dem stark isolierten Unternehmertum des Handels- und Verkehrsverbandes eine Einheitsberufsorganisation gegenüberzustellen. Betreffs der

Streikzeitigkeiten wurde folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung bebauert lebhaft die in der modernen Arbeiterbewegung wohl einzig dastehende unerbitterte Kampfweise des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter. Insbesondere verurteilt sie auf das Entschiedenste die systematisch erfolgende Abtreibung von Kollegen, über deren Zugehörigkeit zum Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschland auch nicht der geringste Zweifel bestehen kann. Die Generalversammlung erklärt ferner, daß sie nach wie vor auf dem Standpunkt steht: Sämtliche in Industriebetriebe irgend welcher Art beschäftigten Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter gehören unbedingt zum Transport- und Arbeiterverbande. Die betriebsfremden Anspruchsrechte anderer Organisationen auf diese Berufsgruppen sind unerbittlich. Die Generalversammlung erwartet vom Zentralverbande deutscher Brauereiarbeiter, daß er sich fortan dem Transportarbeiterverbande gegenüber in solchen Dingen bewegt, die einer modernen Arbeiterorganisation würdig sind.

Die Zahl der Lohnbewegungen und Streiks der letzten Berichtsperiode betrug 849. An diesen waren 57 270 Personen beteiligt. Von diesen Bewegungen verließen 572 ohne Streit. Von Ausperrungen waren in 9 Fällen 2727 Personen betroffen. Von den Streiks hatten 157 einen vollen, 25 einen teilweisen, 62 keinen Erfolg. Die Erfolge waren über alles Erwartung günstige. Für mehr als 15 000 Angehörige ist eine durchschnittliche Arbeitsvermittlung von 74 Stunden und eine Lohn-erhöhung von 2,40 für rund 48 000 Mitglieder pro Woche erreicht worden. In diese Beträge ist die höhere Vergütung von Heberarbeiten, Sonntagsarbeit usw. nicht eingerechnet. Die Vergütung von Urlaub wurde in 98 Fällen für 5512 Berufsangehörige erzielt. Die Einnahmen der Verbands-Kassensysteme in den beiden letzten Jahren betragen 1 673 618, die Ausgaben 1 220 000 weniger. Die Verwaltungskosten vereinnahmten im gleichen Zeitraum 2 005 833,55, ihr Kostenbestand bezifferte sich auf und 2 500 000. An Kranken-, Arbeitslosen-, Sterbefällen und Notfallunterstützung sind zusammen 8 887 859 für Reichsgebiet, 25 000 für Reichslande und Gemaingebiete 1 995 869 ausgegeben worden. Das Verbandsvermögen betrug am Schluß des Jahres 1906 mehr als eine halbe Million Mark. Die Auflage des Verbandsorgans "Der Courier" beträgt zur Zeit 100 000, vom 1. Juli ab wird das Blatt allmonatlich erscheinen, die bisher bestehende Redaktionskommission wurde aufgelöst. Es wurde Klage geführt, daß es in der Konsumbewegung schwerer wurde, die im Tarif festgelegten Rechte der Arbeiter zur Anerkennung zu bringen. Eine Resolution, die den bereits abgeschlossenen Tarif bittig und fordert, daß nach Ablauf desselben eine anderweitige, den Verhältnissen entsprechende Regelung der Ortszuschläge folgen müsse, wurde angenommen, desgleichen eine, die die Tarifabschlüsse für unumgänglich notwendig erklärt. Zum Statut sind folgende Änderungen beschlossen worden: Der Verband heißt für die Folge "Deutscher Transportarbeiterverband". Eine vorübergehend eingeführte Eintrittsrate à 30 s wird obligatorisch eingeführt; jedes Mitglied muß mindestens eine pro Quartal kaufen. Mitglieder über 60 Jahre alt können, wenn sie mindestens 10 Jahre organisiert sind, sich ihre erworbenen Rechte durch Zahlung des niedrigeren Beitrages von 20 s lösen. Die Werdauer der Arbeitslosenunterstützung sollen weibliche Mitglieder auch während der Dauer des Wochenheils beziehen. Die Verbandsbeschlüsse sind je nach dem bisherigen Statutgemäßes Satz um 6 bis 10 erhöht. Beschlossen wird weiter, daß Kongresse und Generalversammlungen an den drei Festen nicht mehr abgehalten werden sollen.

Der Verband der Lagerhalter tagte in Leipzig. Er stellte einen großen Teil der Verhandlungssache mit Klagen über den Zentralverband deutscher Konsumvereine bzw. deren Sekretär, der angeblich in bezug auf sozialpolitische Einsicht ziemlich rückständig ist. Die Hoffnungen, die man bei Gründung des obigen Zentralverbandes hegte, seien nicht in Erfüllung gegangen. Die Lagerhalter, so hieß es, sollten zwar nicht den Genossenschaftler in sich erkennen, aber sie müßten sich doch bemühen, daß sie auch gegebenenfalls eine Kampforganisation seien. Demgegenüber bemerkte der Vertreter der Generalkommission, daß die Lagerhalter nicht mit denselben Mitteln bei Durchführung ihrer Forderungen arbeiten könnten wie die anderen Gewerkschaften, es müsse daher der Weg der friedlichen Verhandlung von Verband zu Verband gewählt werden. Eine dahingehende Resolution fand auch Annahme. Ein Antrag, die Verschmelzung mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen betreffend, wurde zwar abgelehnt, jedoch dem Vorstand die Angelegenheit zur Erörterung überwiesen. Alle Anträge auf Erhöhung der Beiträge wurden abgelehnt.

Die Hausdiener tagten in Berlin. Eine Beitragsverhöhung wurde abgelehnt und der bisherige Beitrag von 60 s beibehalten. Für die weiblichen Mitglieder wurde als Anerkennung die Gewerkschaftsunterstützung geschaffen. Bisher betrug deren Beitrag 10 s, er ist nun auf 20 s erhöht. Darin werden den weiblichen arbeitslosen Mitgliedern auf die Dauer von acht Wochen Arbeitslosigkeit pro Tag 60 s gezahlt. Die Streikunterstützung wird auf 12,25 für Reichs- und 15,75 für Reichslande pro Woche festgesetzt. Den verheirateten Streikenden, die abreisen, wird eine Familienunterstützung von 6 s gezahlt. Die nächste Generalversammlung soll in München stattfinden.

Die Schenkmacher tagten am 19. und 20. Mai in Düsseldorf. Der Vorstandstag beschäftigte sich zum guten Teil mit persönlichen Angelegenheiten. Von Wichtigkeit war der beantragte Anschluß an den Solgarbeiterverband. Der Antrag wurde abgelehnt, weil zu befürchten steht, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder einem solchen Beschluß nicht Folge leisten würde, wodurch insbesondere die weiblichen, meist als Seimarbeiterinnen tätigen Mitglieder der Organisation wieder verloren gingen. Der Anschluß soll aber im Auge behalten und dahin gewirkt werden, daß später mit dem Uebertritt aller Mitglieder geredet werden kann.

**Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.**

\* Keine Sanktionspflicht der Gewerkschaften für Streikschäden. Bei einer Holzindustrie-Gesellschaft zu Gerst (Bezirk Bromberg) war im Januar 1905 ein Streik ausgebrochen. Nach dessen Beendigung kam zwischen der Gesellschaft und ihren Arbeitern ein Tarifvertrag zu Stande, in welchem letztere ihren Arbeitern bessere Lohnbedingungen gewährte. Am 15. Mai 1905 brach ein neuer Streik aus. An diesem beteiligten sich die Arbeiter, die Mitglieder des christlichen Holzarbeiterverbandes waren, ohne vorher dem Hauptvorstand in Göttingen von dem beabsichtigten Streik Mitteilung gemacht zu haben. Der Verband schickte einen Vertreter nach Gerst, um die Ursache des Streiks festzustellen. Auf Grund dieses Berichtes unterstüzte der Verband die Streitenden, soweit sie dem Verband angehörten, mit ungefähr 8 000. Die betreffende Gesellschaft klagte später den christlichen Verband auf Zahlung von 1 600 ein, als Schaden, der ihr dadurch entstanden sei, daß sie gezwungen gewesen wäre, während des Streiks Arbeiter aus Galtzien kommen zu lassen. Die Klage ist darauf gestützt, daß der beklagte Verband durch Gewährung der Unterstützung auf Verlangung des Streiks hingewiesen und ihr, der Klägerin, dadurch in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise Schaden zugefügt habe. Das Landgericht in Göttingen hat selbstverständlich die Klage abgewiesen. In der Begründung heißt es: Eine Erfüllung des Tarifvertrages liegt für den beklagten Verband außerhalb jeder Möglichkeit. Treten seine Mitglieder trotz des Tarifvertrages in den Zustand, so liegt möglicherweise ein Bruch der einzelnen Arbeitsverträge, niemals aber ein Tarifvertragsbruch vor. Somit kann auch niemals gegen den beklagten Verband ein Anspruch wegen schuldhafter Nichterfüllung des Tarifvertrages zur Entstehung gelangen. Ferner muß bemerkt werden, daß der Verband durch die Streikunterstützung gegen die guten Sitten verstoßen hat. Zugunsten wird, daß ein Arbeiterverband, der einen Tarifvertrag abschließt, die fällige Pflicht übernimmt, nach Kräften darauf hinzuwirken, daß seine Mitglieder, ihre unter den Bedingungen des Tarifvertrages geschlossenen Arbeitsverträge halten. Der beklagte Verband hat auch auf Grund seiner Statuten das Recht, den Mitarbeitern, die ohne Genehmigung des Vorstandes streiken, die Streikunterstützung zu verweigern. Er hatte also ein Mittel, auf die Beendigung des Streiks hinzuwirken. Es liegt ferner fest, daß die Mitglieder des beklagten Verbandes ohne Genehmigung in den Streik getreten sind und trotzdem 8 000 Streikunterstützung bezogen haben. Trotzdem ist ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht zu erweisen. Der Verband hat die Streikunterstützung nicht ohne weiteres gewährt, sondern erst auf Grund des Berichtes eines Vertrauensmannes, den man an Ort und Stelle schickte, um die Ursachen des Streiks festzustellen. Nach diesem Bericht, der die Schuld an dem Streik der Klägerin zur Last legte, konnte der beklagte Verband überzeugt sein, daß seine Mitglieder durch das Verhalten der Klägerin zum Streik gebracht worden seien. Unter diesen Umständen war es seinem Vereinszweck und seiner Pflicht der Mitglieder gegenüber entprechend, die Streitenden zu unterstützen. In dieser Erfüllung seiner Pflicht kann aber ein unbilliges Verhalten nicht erblickt werden.

\* Streitigkeiten über den Inhalt von Lohnbüden. In vielen Fabriken und großen Handwerksbetrieben wird den Arbeitern der Lohn in einer verschlossenen Düte befristigt, auf welcher der Betrag des Lohnes vermerkt ist. Dieses ergibt sich hierbei Streitigkeiten, wenn der Arbeiter, der die verschlossene Düte angenommen hat, bei näherer Prüfung des Inhalts gefunden haben will, daß der Inhalt mit dem angegebenen Betrag nicht übereinstimmt. Das Gewerbegericht Krefeld hat, wie in seinem Jahresbericht für 1906 mitgeteilt wird, die zahlreichsten von den Arbeitern in solchen Fällen erhobenen Klagen fast durchgängig abgewiesen, weil der Arbeiter, der die Düte in Empfang genommen hat, den von ihm verlangten Beweis der Nichtübereinstimmung zwischen Ausschritt und Inhalt in der Regel nicht führen konnte. Die Verteilung der Beweislast wurde auf § 383 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegründet; nach diesem hat der Gläubiger, der eine ihm als Erfüllung angebotene Leistung als Erfüllung angenommen hat, die Beweislast, wenn er die Unvollständigkeit der Leistung behauptet. Das Gewerbegericht Krefeld hat, daß sich der Arbeiter nur dadurch vor Schaden schützen könne, daß er die Prüfung der Lohnbüden in demjenigen Räume vornimmt, in welchem er die Lohnbüden betomme, und daß er den Lohn in Gegenwart des Ausschreibenden nachzählen müsse. Gleichzeitig empfiehlt der Bericht den Arbeitgebern zur Vermeidung von Streitigkeiten, die Arbeiter bei Hingabe der Lohnbüden aufzufordern, die Düte in Gegenwart des Arbeitgebers zu öffnen und den Inhalt nachzuzählen. In der Praxis dürfte dieser Rat nicht viel Erfolg haben. Die Lohnbüden sind ja gerade deshalb eingeschickt, um den bei Ausschreibung des Geldes sich ergebenden Zeitverlust zu erparieren und dem Wunsche der Arbeiter auf schnellere Abfertigung bei der Lohnzahlung entgegenzukommen. Der vom Gewerbegericht Krefeld eingeschlossene Rechtsstandpunkt ist übrigens auch keineswegs zweifellos. Das Gewerbegericht Dortmund hat sich in der Frage der Beweislast in einer allerdings noch vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs gefällten Entscheidung auf den entgegengelegten Standpunkt gestellt. Es führt aus, daß die Hingabe einer verschlossenen Düte noch nicht ohne weiteres als Zahlung angesehen werden kann, vielmehr gelte die Ueberreichung der Düte nur unter der Voraussetzung als Zahlung, daß Ausschritt und Inhalt übereinstimmen. Man wird von diesem Standpunkte auch den § 383 dahin interpretieren können, daß der Arbeiter die Lohnbüden nur unter der Bedingung annimmt, daß sich die Übereinstimmung von Ausschritt und Inhalt herausstellt. Die Aufzeichnung der Beweislast der Richtigkeit an den Arbeitgeber enthält weder etwas Unbilliges, noch auch etwas Unmögliches. Wenn der Arbeitgeber, wie es wohl die Regel sein dürfte, den Inhalt der Lohnbüden vor der Ausschreibung durch zwei oder mehrere Angehörige feststellen und das Ergebnis der Prüfung in Akten eintragen läßt, wird er in der Lage sein, durch Benennung dieser Angehörigen seine Beweislast zu erfüllen. (Aus "Gewerbe- und Kaufmannsgericht", Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Verlag von S. Reimer, Berlin W.)

\* **Verrichtung von Lohnarbeit unter gleichzeitigem Bezug von Krankengeld qualifiziert sich als Betrug.** In Frankfurt a. M. hatte ein Zimmergeselle wochenlang Krankengeld von der dortigen Ortskrankenkasse erhoben, trotzdem aber seinen Beruf voll und ganz weiter versehen, den sonstigen Lohn weiter verdient. Als der Betrüger sich noch frech gebärdete, sich weigerte, auch nur einen Pfennig der Kasse zurückzuerstatten, erlittete diese Anzeige. Die Staatsanwaltschaft erhob auch die Anklage wegen Betrugs und Betrugsversuchs. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, da derselbe sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht habe. Durch die Zeugenaussage des Kassenarztes sei erwiesen, daß derselbe von dem Angeklagten nicht getäuscht worden, vielmehr auf Grund eigener Untersuchungen der Krankenschein ausgestellt worden sei. Der Angeklagte habe sich nicht einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft, weil er einen Rechtsanspruch auf das Krankengeld hatte, sobald er vom Arzt als erwerbsunfähig geschrieben worden sei. Der Erkrankte sei es wohl laut Statut der Kasse verboten, während der Krankheit auf Erwerb gerichtete Handlungen vorzunehmen, ihr Rechtsanspruch auf das Krankengeld erlischt aber bei etwaigen Zwangsverhandlungen dadurch nicht, weil in dem Statut nicht zum Ausdruck gebracht ist, daß die Zahlung des Krankengeldes für diese Zeit ruhe.

Sogar der Staatsanwalt trug Bedenken, die gegen dieses eigenartige Urteil eingelegte Berufung aufrechtzuerhalten, denn er schrieb der Kasse, daß, er die Berufung als „völlig aussichtslos“ zurückweisen werde, falls ihm nicht der Nachweis noch erbracht werde, daß die Berufung von anderen Gesichtspunkten aus Erfolg verspreche. Nach weiteren Mitteilungen der Kasse hielt der Staatsanwalt die Berufung doch aufrecht und erzielte die Bestätigung des Urteils.

Die Stammkammer Frankfurt a. M. verurteilte den Angeklagten wegen Betrugs und Betrugsversuchs zu einer Geldstrafe von M. 60, sah von einer Gefängnisstrafe nur deshalb ab, weil der Angeklagte bisher unbescholten war. In dem interessanten Urteil wird darauf hingewiesen, daß der Angeklagte durch Vorlage des Krankenscheines den Kassenarzt und auch die Kasse getäuscht habe, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Er habe dem Kassenarzt und auch dem Kassenbeamten verschwiegen, daß er in fraglicher Zeit gearbeitet habe und seinen vollen Lohn verdient. Nach der Meinung des Urteses sollte der Angeklagte die Arbeit ruhen lassen, um eine Krankheit zu heben. Der Angeklagte hat aber gerade dadurch, daß er trotzdem die Arbeit wieder aufnahm, selber denjenigen Zustand der Erwerbsunfähigkeit, welchen das Gesetz hat weisen wollen, das heißt denjenigen Erwerbsunfähigkeit, welche auch tatsächlich Arbeitslosigkeit im Gefolge hat, bezeugt. Vergleichliche Kriterien, Krankenversicherungsgesetz § 5, sowie dort zitierte Urteile deutscher Gerichte. Es stand ihm deshalb mangels tatsächlicher Erwerbsunfähigkeit objektiver Anspruch auf Krankengeld für die betreffenden Zeiträume zu. Dies mußte auch dem Angeklagten, bei seinem Alter und Bildungsgrad bekannt sein, da es sich im vorliegenden Falle um eine ganz allgemeine gültige, gemeinrechtlich selbstverständliche Regel handelte. Unrechtmäßig sei es daher, wenn der Angeklagte behauptet, daß ihm weder das Gesetz noch das Kassenstatut bekannt gewesen sei.

**Verchiedenes.**

Das moderne Genossenschaftswesen auf dem Vormarsche. Das Jahrbuch des Zentralverbandes der deutschen Konsumvereine, das vor kurzem erschienen ist, zeigt in dieser Beziehung klar und deutlich, daß den Konsumvereinen immer mehr die Notwendigkeit und die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit der organisierten Warenvermittlung und der genossenschaftlichen Produktion zum Bewußtsein kommt. Die Zahl der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine betrug am Schlusse des Jahres 1905 über 800, nachdem im Jahre 1902: 555, 1903: 585, 1904: 760 Vereine angeschl. hatten.

Dieser Zentralverband umfaßt die Mehrzahl der deutschen Konsumvereinsmitglieder, wenn auch nicht die Mehrheit der Vereine. Dem insgesamt gibt es deren in Deutschland rund 2100 mit 11 Million Mitgliedern, während die unbegriffenen 800 Vereine des Zentralverbandes 720000 Mitglieder zählen.

Der Umsatz der Konsumvereine des Zentralverbandes und der Großeinlaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine von im ganzen A. 188 418 769 fest sich zusammen aus einem Umsatz von A. 168 284 989 im eigenen und A. 20 133 770 im Lieferantengeschäft. Von den selbst verkauften Waren war mehr als der zehnte Teil, nämlich für A. 17 464 125, aus den eigenen Produktionswerkstätten hervorgegangen. Die Eigenproduktion der Konsumvereine im Verband übersteigt die der eigentlichen Produktionsgenossenschaft etwa um das Fünffache. In erster Linie befassen sich die Konsumvereine mit der Herstellung von Nahrungsmitteln. Jitza 130 Genossenschaften haben eigene Bäckereien, zum großen Teile fabrikmäßige, mit den modernsten technischen und hygienischen Einrichtungen versehen ausgestattet Mäulerbetriebe. Daneben finden sich in kleinerem Umfang Schlichterbetriebe, meist Schweinefleischbetriebe (17 Vereine), Käsefabriken, Wäschereien und Konfektions- (je 5), Simonsen- und Mineralwasserfabrikation (4), Molkerei und Molkerei (je 3), Joghurtfabrikation und Destillation (je 2) und vereinigt Lichterei, Schuppreisen, Wursterei, Weizen-, Sauerkrautfabrikation usw. Das Anteilkapital der Konsumvereine hinfte Ende des Jahres 1905 eine Höhe von A. 11 099 602 erreicht. Die angesammelten Fonds eines solchen A. 6 715 530. Es kommt also auf das Mitglied ein durchschnittliches Betriebskapital von rund M. 30.

Die Konsumvereine hatten zusammen einen Grundbesitz im Werte von A. 28 274 103, dem eine Hypothekbelastung von A. 14 749 429 gegenüberstand. Von dem Geschäftsbetrieb, der 94 p. Ct. des Umsatzes ausmachte, kamen A. 16 163 537 als durchschnittlich achtprozentige Rückverteilung an die Mitglieder zur Verteilung; der Rest wurde den verschiedenen Fonds zugewiesen resp. auf neue Rechnung vorgetragen. Beschäftigt wurden von den Konsumvereinen 9556 Personen, davon 7667 in der Warenabteilung und 1828 in der Produktion.

Der Umsatz der gesamten (2100) deutschen Konsumvereine beträgt rund 800 Millionen Mark, der Reingewinn 29 bis

30 Millionen Mark. Wie schon früher gezeigt wurde, können diese Ziffern veredelt werden, wenn vor allem die Arbeiter bis in die letzte Familie hinein begriffen haben werden, daß sie in erster Linie ihr rein wirtschaftliches, ihr Konsumenteninteresse durch die Konsumvereine wahrnehmen können.

Und da durch die gegebene, höchst präkäre politische Situation, die eine im Interesse der Arbeiterklasse notwendige Wirtschaftsreform auf absehbarer Zeit als aussichtslos erscheinen läßt, während gleichzeitig mit einer im Laufe des Jahres eintretenden Wirtschaftskrise zu rechnen ist — woran selbst preussische Minister denken —, die Stellunglage der Arbeiter aufs schwerste gefährdet erscheint, so bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als neben der intensiven gewerkschaftlichen Tätigkeit und auf dem der stärkeren Unterfertigung der Konsumgenossenschaftsbewegung ihre wirtschaftliche Unterlage, so haben sie das allermeiste getan zum Ausgange der augenblicklichen schlimmen politischen Lage der Arbeiterklasse, in die sie vorläufig — gleichviel durch welche Umstände — geraten sind. Und ihr „Schicksal“ in dem nun anstehenden wirtschaftlichen Kollaps um bessere Lebenshaltung der politischen Verhältnisse — zusammengefaßt in dem Schrei: Mehr Brot und mehr Freiheit! — wird weder von dem Siege der Regierung im Jahre 1907 noch von irgend einem anderen oder von irgend einer politischen Niederlage, abhängig sein.

\* **Parlamentarier in den verschiedenen Ländern.** Anlässlich der Eröffnung der Diäten der französischen Abgeordneten hat der „Temps“ eine interessante Zusammenstellung über die Diäten und sonstigen Vergütungen der Parlamentarier in den verschiedenen Ländern gebracht. Diese betragen: Vereinigte Staaten von Nordamerika: M. 20 000 jährlich, eine Freifahrt und M. 500 Erschließung für Bureaukosten. Deutsches Reich: M. 3000 jährlich mit Abzug von M. 20 für jede veräußerte Sitzung, freie Bahnfahrt. Preußen: M. 15 Tagegeld und freie Bahnfahrt. Bayern: M. 10 Tagegeld und freie Bahnfahrt. Frankreich: M. 12 000 jährlich, freie Fahrt auf den Staatsbahnen. Oesterreich: M. 17 Tagegeld und Dienstschickung. Ungarn: M. 4250 jährlich und M. 1280 Wohnungsschickung. Rußland: M. 20 täglich und eine freie Fahrt. Schweiz: M. 16 Tagegeld und eine freie Fahrt. Belgien: M. 3200 jährlich und freie Bahnfahrt. Niederlande: M. 3400 jährlich und eine freie Fahrt. Griechenland: M. 1440 jährlich und freie Fahrt. Bulgarien: M. 16 Tagegeld und freie Fahrt. Schweden: M. 1250 Tagegeld und eine Freifahrt. Nur freie Fahrt gewährt Portugal seinen Parlamentariern und gar nur ernährte Fahrweise Spanien. Am besten haben es die Abgeordneten Norwegens, die neben M. 13,50 Tagegeld und freie Fahrt, freie ärztliche Behandlung haben und sich sogar umsonst begraben lassen dürfen.

\* **Flüssiges Brot.** Peter Hansen hatte früher geglaubt, daß das Bier ungeheuer nahrhaft sei und manches Glas davon getrunken; dann hatte man ihm klar gemacht, daß das Bier allerdings nahrhaft, ja recht gut nahrhaft — aber doch nur die Allotriäre und die Bierverkäufer, daß er selbst sich aber besser ernähren und seine Familie dazu, wenn er kein Bier trinke. Das versuchte er denn nun, und befand sich dabei so wohl, daß er manchmal über seinen früheren Unverstand lächelte. Man las aber eines Tages unter Peter Hansen im „Generalanzeiger“, einem völlig unparteiischen Blatte, folgende Anzeige: „Gambirinsbier aus der Brauerei Glycerina in M. ist flüssiges Brot, das macht ihn doch lustig. Am nächsten Tage ging er hin nach der nächsten Verkaufsstelle und forderte sich eine Flasche „flüssiges Brot“. — „Alles Gambirinsbier?“ fragte verärgert lächelnd der Vertreter der Brauerei. — „Flüssiges Brot? eine Flasche will ich mitnehmen.“ sagte Hansen. — „Sehen gut, hier haben Sie eine Flasche.“ Hansen nahm sie, bezahlte und ging. Eine Viertelstunde später fand er mit der Flasche im chemischen Laboratorium des Handelschemikers Dr. Retort und sagte diesem: „Ich möchte wissen, wieviel Brot hier in dieser Flasche ist, unteruchen Sie das mal.“ Der Chemiker nahm die Flasche, zog den Kork vorsichtig heraus und roch daran. „Es ist Bier!“ sagte er dann. — „Man sagt“, erwiderte Hansen, „es ist flüssiges Brot.“ — „Wir werden sehen.“ sprach lächelnd Dr. Retort. „Wenn Sie in acht Tagen wiederkommen, will ich 3 Pfennig genau sagen.“ Er verlangte dann von Hansen M. 10. Dieser dachte an so manches Zehnmarsstück, welches er früher ausgegeben, als er an den wunderbaren Nährwert des Bieres glaubte, und an manches Goldstück, das er nachher gepart hatte, als er's nicht glaubte — und wollte nun Gewißheit haben und sagte: „Nach acht Tagen war er pünktlich wieder da, um näheres über das „flüssige“ Brot zu erfahren. Das erfuhr, was er darüber erfuhr, war, daß es auf 100 Teile ungefähr 87 Teile Wasser enthalte. „Wir wollen nicht weiter davon reden,“ sprach er, „sondern kommen Sie mit.“ — „Alkohol 4 p. Ct.“ fuhr der Chemiker fort. — „Was ist das, Alkohol?“ fragte Hansen. — „Das können Sie hier im Konversationslexikon nachlesen.“ sagte Dr. Retort und schob ihm ein dickes Buch nach. — „Es ist Alkohol, gewöhnlich und absoluter, d. i. wasserfreier Alkohol, ist eine farblose, leichtflüchtige, brennende, schmeckende, leicht entzündliche Flüssigkeit.“ — „Man!“ meinte topfschüttelnd Hansen, „das scheint ja eine eigentümliche Sache zu sein, was hat das mit „Brot“ zu tun?“ Der Chemiker schob ihm ein zweites Buch hin, ein Handbuch von Agnew mitteleuropä, daraus ging hervor, daß Alkohol zur Gruppe der schwerer nachweisbaren Stoffe gehörte und mit Opium, Morphinum, Chloral, Belladonna, Stramonium usw. nahe verwandt sei. „Das ist ja eine gefährliche Gesellschaft,“ meinte Hansen. Dr. Retort suchte die Flasche und zeigte auf ein kleines Häuflein eines bräunlichen Pulvers, das auf einen weißen Bogen Papier geschüttet war. „Hier das Extract,“ erklärte er. — „Haha, endlich!“ rief Hansen aus, „Brot, Extract, nicht wahr, Herr Doktor?“ — „Das gerade nicht, mein Lieber,“ entgegnete der gewissenhafte Chemiker. „Man nennt die festen Rückstände nur so, im übrigen liegt es nicht

in der Absicht der Brauer, den Nährwert der Gerste zu erhalten, sondern durch das Keimen des Kornes, durch das Darren, durch die Gärung, durch das Klären usw. wird der selbe größtenteils zerstört — aber immerhin geigt ihn diesen nicht völlig, etwas Nährwert bleibt doch noch darin.“

— „Wieviel denn?“ fragte Hansen, indem er das kleine braune Häuflein genau betrachtete. „Hier haben Sie es schriftlich,“ sagte der Chemiker und gab ihm einen Zettel, darauf stand: „Auf 100 Teile sind enthalten: 7 Teile Kohlenhydrate, 1 Teil Eiweiß, 1 Teil Glyzerin, Säuren und Salze, 1 Teil Holzgäsestoffe.“ Von den Holzgäsestoffen im flüssigen Brot“ verspreche ich mir nicht viel,“ meinte nach einigem Nachdenken Hansen, „und von dem halben Teil Glyzerin, Säuren und Salzen wird gewiß auch keiner jeil werden. Nun sagen Sie mir aber doch mal, was die anderen beiden Sachen denn eigentlich in reellem Gelde gerechnet wert sind?“ — „Die Flasche sagt ein halbes Liter,“ war die Antwort, „und es ist der zehnte Wert der darin enthaltenen Nährmittel, berechnet nach der in Dr. Fischer's Chem. Technologie enthaltenen Tabelle, ungefähr 1/10.“ „Sehr wenig!“ meinte nun Hansen, und topfschüttelnd setzte er hinzu: „Ich habe es schon selbst gemerkt, daß man sich ohne Bier viel besser ernähren kann, aber ich habe doch nicht geglaubt, daß so wenig nützliche Nahrung darin ist.“ „Es ist aber „gutes“ bayerisches Bier,“ erwiderte der Chemiker, „es gibt Lagerbiere, die weniger Nährstoffe enthalten.“ Hansen steckte das braune Pulver in die Westentasche und verließ das Laboratorium mit den Worten: „Flüssig ist es, das ist wahr, aber mit dem Brot, das ist ein fauler Jauber.“

\* **Mosegger über Sprachkinder.** In einer hübschen Festschrift über „Sprachkinder“ in seinem Buche „Sünderglöckel“ behauptet Peter Mosegger, in seiner Muttersprache lerne zwar auch in der Schule, aber noch besser im Leben. Dann wendet er sich gegen diejenigen Sprachkinder, die durch ihre entsetzlichen Fremdwörter Artikel, Prädikat, Determination, Substantiv, Subjekt, Konjugation, Adjektiv, Pronomen, Adverbium usw. die sie in die deutsche Sprache hineingeren, dem deutschen Kinde die „Grammatik“ und so die Muttersprache selbst gründlich verleben. Mosegger wendet sich dann gegen fremden Slang und Scharlat und redet einfach, klar und gefälliger Sprache das Wort. Dazu gibt er folgende hübsche Beispiele: Hat der Deutsche Zeit, so sagt er. „Es tritt an uns die bringende Aufforderung heran, für die Befestigung unserer Existenz bedacht zu sein.“ Hat er nicht Zeit, so sagt er: „Wir müssen uns unserer Haut weichen.“ Hat er Zeit, so sagt er: „Es wäre höchst unwissenschaftlich, wenn den Forderungen der Exposition Ausdruck verliehen würde.“ Hat er nicht viel Zeit, so meint er: „Die Gegenpart soll ihre Meinung sagen.“ Hat der Mann Geld, so sagt er: „Eine Spezialabteilung würde die Handhabung bieten zur strikten Beurteilung der Position.“ Hat er einfaß, so sagt er: „Eine besondere Rechnungsführung würde die Sache klarlegen.“ Weiter führt Mosegger dann an längeren Beispielen vor, wie häufig der Gelehrtsinn doch überflüssige oder fremde Wörter unklar und unverständlich macht, wie z. B. „Der Leser sich tummeln muß, in den Winkeln seines Geistes nach einem Schattens, scharfe Konturen nebst der Reuehaltung und dem literarischen Schaffens zusammenzufassen, wenn er sieht, daß der Schatten der voranstehenden Reuehaltung des modernen literarischen Schaffens scharfe Konturen annimmt.“ Dann werden einige Redewörter vorgekommen, die wie z. B. „ins Auge fallen“, „eine Rolle spielen“, u. a. heutzutage zum Uebelstand oft in der Schriftsprache verwendet werden. Endlich betont Mosegger den großen Wert der Mundart gegenüber dem Hochdeutschen, wenn dieses z. B. wie ja leider gar so oft — „verkommen“ ist, und betont (was auch vom Allgemeinen Deutschen Sprachverein stets anerkannt wird), daß der Schriftsprache aus den urdeutschen Mundarten außerordentlich viel gutes und treffliches Sprachgut zugeführt werden kann. (Sprachrat des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins)

\* **Klingende Steine.** In der norddeutschen Tiefseefahrt sind Feuersteine sehr verbreitet, die ohne Zweifel von den Gletschern der Eiszeit aus dem Gebiet der Kreide, das früher an der Mündung eine weit größere Verbreitung gehabt hat als heute, dorthin geschwemmt worden sind. Diese Feuersteine geben wegen ihrer Härte und Dichte sehr oft einen unvollständigen Klang. Es hat einmal einen „Klingler“ gegeben, der sich ein Instrument hergestellt hatte, das er selbst Lithophon nannte. Es bestand aus einer Reihe von Feuersteinen, die in bestimmter Folge aufgeschichtet waren und so eine Zonleiter ergaben. Eine Geleitart, die sich auch in einigen Gegenden Deutschlands befindet, aber vulkanischer Entstehung ist, hat von Volk geradegab den Namen Klingstein erhalten, und diese Bezeichnung ist von der Wissenschaft übernommen worden, die daselbst Gestein mit dem Namen Phonolith belegt hat. Auch wenn man ein frisches Stück von Basalt nimmt, der noch eine viel größere Verbreitung besitzt als der eigentliche Klingstein, und mit einem Hammer daranschlägt, wird man einen Klang von ganz bestimmter Tonhöhe beobachtet. In Ostfalen findet man häufig klingende Steine, die von den Völkern als Wertwürdigkeit in der Tempeln aufbewahrt und mit einem besonderen Überglauben hehrt werden. Auch die Kalksteine der Korallen liefern munter klingende Steine, die dann zweierlei beisteigt: noch durch die Naturkräfte selbst in hörbare Schwingungen versetzt werden. Ein solches Naturorgan, wie man die Erscheinung nennen könnte, ist an der Mündung von Wiltich-Diaria beobachtet worden, wo die Korallenriffe außerordentlich stark und sonderbar geformte Nische aus Gestein errichtet haben. Nicht weiter sieht man dort Pfeiler aus Korallenkalk mit einem Querschnitt nach Art eines ungeschliffenen L. Wenn dieser wogerechte Arm von einem starken Wellenschlag oder vielleicht gar noch von einem durch das Wasser heranzuschwellen harten Störper getroffen wird, so gibt er einen weithin hörbaren, sehr hellen musikalischen Ton von sich.

**Eingegangene Schriften.**

Die „Neue Zeit“ (Sutgart, Paul Singer), Heft 37 des 25. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nieder und Seelente. Von Emil Fickler-Hamburg. Eine deutsche Biographie Robert Owens. Von Gertrude Aland-Goth. — Der neue Mittelstand. Von Paul Lange-Hamburg. (Schluß). — Der Mißbrauch der Unterjochung. Von Dr. Siegfried.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von M. 2,25 pro Quartal abzunehmen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abgenommen werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern werden jederzeit zur Verfügung.

Von der „Neuen Gesellschaft“ (Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ely Braun. Verlag: Berlin W 15, Pfalzburgerstr. 12. Preis für das Einzelheft 10 A. Probehefte kostenlos) ist soeben das 12. Heft erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Albert Edelmann: Zur Sager Konferenz; — Friedrich Kreis: Eine Lohnstatistik. — Ernst Mehlisch: Gegen den Menschenhandel.

Amandus Schubert alias Max Lippmann in freistündiger Beleuchtung oder wie man versucht, auf dunkle, gefährliche Weise das freie Verwaltungsrecht der Ortskrankenkassen zu gerichtlichem, ist der Titel der soeben im Kommissionsverlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. erschienenen Broschüre. Der Verfasser dieses Schriftchens, F. Albin Richter-Chemnitz, gibt in seinem Werkchen eine Entgegnung und Charakterisierung des Amandus Schubert alias Lippmann nebst seinen dunklen Helfershelfern. In kurzer, sachlicher Weise gerichtet der Verfasser die Schwärze der Schmähdichtungen bei der Verwaltung der Chemnitzer Ortskrankenkasse und zeigt, daß dieses Gebilde nur eine von Haß und Rachsucht und politischen Motiven diktierte Hege gegen das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen ist. Die von Richter-Chemnitz geschriebene Broschüre ist nicht nur für Chemnitz, sondern auch für alle Städte interessant und kann sie jedem Arbeiter empfohlen werden. Der Preis ist nur 20 A.

Soeben ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. in Leipzig ein hochaktuelles Werk aus der Feder des bekannten Schriftstellers Barbus erschienen. Diese Schrift bezieht sich die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch. Das Werk ist der 2. Teil der von demselben Verfasser und im gleichen Verlage erschienenen Broschüre: Die Reichstagswahlen und die Arbeiterkassen, Preis 30 A., Leipzig 1907, doch bildet jeder Teil ein abgeschlossenes Ganzes. In vorliegendem Werke beleuchtet Barbus den Wahlkampf kritisch und zieht die politischen Konsequenzen der Wahlen bezug der neuen Zusammenlegung des Reichstages. Vor allem aber unterwirft er die kapitalistische Kolonialpolitik und die Zukunft der Kolonien einer eingehenden Prüfung. Der Preis des über 10 Bogen starken Werkes ist nur M. 1.

In der russischen Wastille während der Revolution. Eindrücke, Eindrücke und Betrachtungen von Barbus. 168 Seiten, brosch. M. 1, gebunden M. 1,50. Verlag von Rade & Co., Dresden.

Briefkasten.

Seelen. Versammlungsanzeige kam zu spät. Gebirgsgasse, J. W. Wegen dieser Sache wird der Verband Rechtschutz wohl kaum gewähren. Es ist übrigens auch noch sehr fraglich, ob das Gericht eine Weisung als dore liegend erachtet.

Wibel, G. K. Derartige Anzeigen nehmen wir nicht auf. Bremerhaven, A. S. Mit dem Urteil der Revisionsinstanz können wir nichts anfangen, da es des allgemeinen Interesses entbehrt. Was die Sache selbst anbelangt, so können die Kollegen bei dem heutigen Stande der Rechtsprechung eigentlich noch von Glück sagen, daß sie nicht auch noch wegen Übersetzung angeklagt und verurteilt worden sind.

Limbach i. S., Th. Der „Stademit“ soll nur solchen schriftlichen Kollegen geliefert werden, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, d. h. das Deutsche nicht lesen können. Somit ist es ja ganz zwecklos, den Kollegen den „Grundstein“ in den Wochen zu liefern, wo der „Stademit“ ausfällt. Entweder die Kollegen können das Deutsche lesen, dann haben sie vom Verband nur den „Grundstein“ zu beziehen, oder sie können nur das Tschechische lesen, dann haben sie nur Anrecht auf den „Stademit“, beides kann nicht geliefert werden.

Niederschlag, J. G. Ein Lot ist der dreißigste Teil von 600 Gramm; ein Quentchen war früher der vierte Teil eines Loth, in einigen deutschen Ländern auch der zehnte Teil. Heute sind diese Gewichtsbezeichnungen im allgemeinen nicht mehr gebräuchlich; es wird nur noch nach Kilogramm, gleich tausend Gramm, gerechnet.

Konstan, L. S. Wer sein Deutsch vollständig beherrscht, wird auch wohl durch Selbstunterricht eine fremde Sprache lernen können. Ueber die geeigneten Lehrmittel können wir nichts sagen, da wir selber noch keine probiert haben. Von den Werken Loussain-Dangenhöfer wird gesagt, daß sie praktisch seien. Näheres erfährt man darüber in jeder besseren Buchhandlung.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Weimar.

Unser Verkehrs- und Versammlungsort befindet sich jetzt im „Gasthaus zum Deutschen Haus“, Buttelschäferstraße. Der Vorstand

Gesucht wird der in Stade am 21. Dezember 1863 zwecks Beteiligung an einer Gesellschaft. Diejenigen, die irgend welche Auskunft über den vorgenannten Maurer Stubbe geben können, werden gebeten, dieses dem Wandbau F. Götz in Stade (Hammer) möglichst bald mitzuteilen. [M. 1,80]

Aufforderung.

Der Maurer Oskar Seibert, geb. 30. September 1877 zu Königberg i. Pr., dessen Verbandsbuch und Militärapapiere in Kiel liegen, wird dringend ersucht, seinen Ausweispassport an H. Behrens, Kiel-Gaarden, aufzugeben. [M. 1,50]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Heile kostet 10 A.)

Bitterfeld. Am 11. Juni starb unser treuer Verbandskollege Otto Lochmann infolge einer Explosion im Alter von 28 Jahren.

Chemnitz. Am 13. Juni starb nach langer Krankheit unser Mitglied Julius Klose im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

GBN. Am 10. Juni starb das Mitglied der Zahlstelle Carl Georg Nassek im Alter von 67 Jahren an Herzleiden.

Dubenhausen. Am 9. Juni starb unser treuer Verbandskollege Johann Mayer aus Nieder-Möden im Alter von 21 Jahren infolge eines Unfalles.

Goldberg i. Schl. Am 7. Juni starb infolge eines Brandunglücks unsere beiden treuen Verbandsmitglieder Ernst Hentschel im Alter von 58 Jahren und sein Sohn Friedrich Hentschel im Alter von 29 Jahren.

Groß-Rendorf. Am 9. Juni fand unser Kollege August Thiel aus Sophienhain im Alter von 21 Jahren seinen Tod durch Ertrinken.

Gamsel. Am 13. Juni starb unser treuer Kollege Heinr. Siekmann im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung.

Gornau. Am 9. Juni starb unser Mitglied Josef Löw im Alter von 47 Jahren.

München-Endling. Am 11. Juni starb unser Mitglied Josef Köhler im Alter von 52 Jahren an der Prostatenentzündung.

Neuruppin. Am 8. Juni starb unser treuer Verbandskollege Wilhelm Stendel aus Merxleben im Alter von 63 Jahren an Herzschlag.

Diesdorf. Am 16. Juni erkrankt beim Baden das Verbandsmitglied Otto Schmitt aus Hölba, Provinz Sachsen.

Stuttgart. Am 4. Juni starb unser Kollege J. Bachinger aus Pattenhardt im Alter von 88 Jahren. Am 11. Juni starb unser Kollege Otto Lorenz aus Aislingen im Alter von 81 Jahren.

Barl i. O. Am 15. Juni starb nach längerem Krankheitslager der Kollege Friedrich Kolts im Alter von 29 Jahren infolge eines Herzleidens. Ehre ihrem Andenken!

Nakel.

Sonntag, den 30. Juni, Nachm. 3 Uhr:

Zweites Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Haupt, an der Neße, bestehend in Konzert, Festzug und Ball. Sämtliche Kollegen von Nakel und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Lörrach.

Sonntag, den 30. Juni, Nachm. 3 Uhr:

Zweijähriges Stiftungsfest

im „Markgräflerhof“, bestehend in Musik- und Gesangsvorträgen, sowie Theater und Glückstropf.

Die Kollegen des Zweigvereins sowie die Kollegen der Umgegend mit ihren Familienangehörigen werden hiermit freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand.

Zielentzig.

Sonabend, den 29. Juni, Abends 8 Uhr:

Achtes Stiftungsfest

im „Weinberg“. Sämtliche Kollegen von Zielentzig und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Das Festkomitee.

Oranienburg.

Sonabend, den 22. Juni 1907:

Neuntes Stiftungsfest

bestehend in Herren-, Damen- und Kinderbelustigungen und Ball. Die Festrede hält der Gauvorsitzende Silberchmidt-Verlin. Alle Kollegen, auch die der umliegenden Zahlstellen, sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,60] Der Vorstand. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Husum.

Sonabend, den 29. Juni, Abends 8 Uhr:

Neuntes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Drosson, Wasserreihe. Die Kollegen des Zweigvereins sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Klosterlausnitz.

Sonntag, den 30. Juni:

Zehnjähriges Stiftungsfest

bestehend in Konzert und Ball. Hierzu ladet die Kollegen freundlichst ein. [M. 2,70] Der Vorstand.

Berne i. Oldenburg.

Sonntag, den 30. Juni:

Erstes Stiftungsfest.

Alle Kollegen sowie die Zweigvereine der Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Züllichau.

Sonntag, den 23. Juni 1907:

Fünftes Stiftungsfest.

Sämtliche Kollegen von Züllichau und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,40] Der Vorstand.

Freyhan.

Sonntag, den 30. Juni, Nachm. 4 Uhr:

Elftes Stiftungsfest

im Lokale des Herrn Zeugner. Sämtliche Kollegen von Freyhan und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Rathenow.

Sonabend, den 29. Juni 1907:

Sedzehntes Stiftungsfest

im „Kristallpalast“, bestehend in Konzert, Ausbelegen, Vogelschießen, Kinderbelustigungen und Ball. Hierzu sind alle Kollegen von Rathenow und Umgegend nebst Familienangehörigen freundlichst eingeladen. [M. 3,90] Das Festkomitee.

Gronau.

Sonntag, 30. Juni, Nachm. 3 Uhr:

Sommerfest

im Vereinslokale bei W. Barsob, bestehend in Konzert und Ball. Die Kollegen von Gronau und Umgegend werden um zahlreiche Beteiligung gebeten. [M. 3] Der Vorstand.

Kiel-Gaarden.

Sonntag, den 30. Juni, Nachm. 2 Uhr:

Großes Sommervergnügen

im „Schützenhof“, Ellerbeck, bestehend in Konzert, Festzug und Ball. Fischwerfen für Damen, Kinderbelustigungen, Schießen und Verkegeln für Herren. [M. 3,60] Das Festkomitee.

Oldesloe.

Sonntag, den 30. Juni 1907:

Großes Sommervergnügen

im Hotel „Stadt Lübeck“, bestehend in Gartenkonzert, Preisbelegen und Breischießen, Verlosung und Ball. Nachmittags 3½ Uhr: Ausmarsch mit Musik und neuer Fahne vom Gewerkschaftshause. Eintritt 25 A. — Tanzschiffe 60 A. — Damen gänzlich frei. Um zahlreiche Beteiligung, auch von auswärtigen Kollegen, bittet. [M. 4,50] Der Festausschuß.

Rehan.

Sonntag, den 23. Juni, Mittags 12½ Uhr, Abmarsch nach Prez. Dori:

Waldfest mit Konzert.

Sämtliche Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] Der Vorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 23. Juni.

Wielmar. L. O.: Vortrag. Neuwahl des ersten Kassierers.

Dienstag, den 25. Juni.

Königssee. Nachm. 2 Uhr im: „Gehnen-Grund“. Wichtige Tagesordnung.

Sonntag, den 30. Juni.

Döbeln. Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Waldentersche“.

Sonntag, den 7. Juli.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr in der Herberge. Die Mitgliederbücher sind mitzubringen. Wichtige Tagesordnung!

Salzwedel. „Zur deutschen Eiche“, Mittelstr. 12. Tagesordnung wichtig!

Oeffentliche Maurerverammlung.

Sonntag, den 23. Juni.

Cunnersdorf i. Riesengeb. Nachm. 3 Uhr in der „Andreas-Kapelle“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.